



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Finanzminister Georg Fahrenscho, KPV-Landesvorsitzender Stefan Röble, stellvertretender Landesvorsitzender Heinrich Lenz und Landesgeschäftsführer Werner Bumeder (v. l.). DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Baustellen im Finanzausgleich

Diskussion mit Minister Georg Fahrenscho
Ein intensiver Dialog mit Finanzminister Georg Fahrenscho stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses in München unter Leitung des KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Röble. Sein Augenmerk legte Minister Fahrenscho insbesondere auf die derzeitigen Baustellen im Finanzausgleich.

Dazu zählen nach Fahrenscho's Angaben vor allem die zu hohe Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs auf der Kreisebene und die Frage, was der kommunale Finanzausgleich für solche Kommunen tun

kann, die unter erheblichem Bevölkerungsrückgang leiden. Nach Fahrenscho's Beobachtung bleibt einem Landkreis, dem es gelingt, seine Umlagegrundlagen zu steigern, zu nach

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags:

Zukunft nur mit starken Städten

Wechsel an der Spitze: Ude folgt auf Roth

Mit großer Mehrheit ist der Oberbürgermeister von München, Christian Ude, bei der 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Stuttgart zum dritten Mal zum Präsidenten des kommunalen Spitzenverbandes gewählt worden. Der 63-Jährige folgt auf Frankfurts Rathauschefin Petra Roth, die das Amt turnusgemäß abgab und nunmehr als Vizepräsidentin fungiert. Ude war bereits 2005 und 2007 an die Spitze des Verbandes gewählt worden. Als Stellvertreter des Präsidenten bestimmten die Delegierten u. a. die bayerischen Vertreter Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg, sowie Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg.

Mehr als 1.000 Delegierte und Gäste aus zahlreichen Städten aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages teil. Die inhaltliche Arbeit der Tagung orientierte sich an dem Motto „Zusammenhalt und Zukunft - nur mit starken Städten!“ In den Blick genommen wurde die wachsende Bedeutung der Städte bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Aufgaben wie Chancengerechtigkeit in der Bildung, Integration, demografischer Wandel, Umwelt- und Klimaschutz. Der besondere Stellenwert der Nachhaltigkeit für die Stadtentwicklung wurde ebenso beleuchtet wie die Sicherung der Kommunalfinanzen vor dem Hintergrund hoher Verschuldung und der Schuldenbremse. Wie Oberbürgermeisterin Pe-

tra Roth zu Beginn erläuterte, seien die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die immer stärker gewordene Belastung der Städte mit Aufgaben in den kommunalen Haushalten deutlich sichtbar. Die Finanzlage vieler Städte gestalte sich ist nach wie vor dramatisch.

**Aufschwung hilft
schneller als gedacht**

Die Kommunen hatten 2010 mit 7,7 Milliarden Euro das zweithöchste Defizit seit Bestehen der Bundesrepublik zu verzeichnen. Gleichzeitig helfe der Aufschwung schneller als gedacht und bringe vielen Städten wieder höhere Steuereinnahmen, vor allem dank der Gewerbesteuer.

Die Kommunen benötigen Roth zufolge einen Schutzschirm,



Bei der jüngsten KPV-Landesversammlung hatten die Gäste die Möglichkeit, bei einer Rundfahrt den Flughafen München näher kennenzulernen. Anschließend wurde unter anderem mit Experten über moderne Kommunikationsmittel und deren gewinnbringenden Einsatz diskutiert. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten GZ-Ausgabe.

der sie davor bewahrt, dass die Länder unter dem Konsolidierungsdruck durch die Schuldenbremse die Finanzlage der Kommunen noch verschärfen und Verschuldung auf die Städte verlagern. Sie betonte: „Wir brauchen in der Bundesrepublik in den Ländern ein kommunales Existenzminimum. Das heißt, eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen als absolute Untergrenze. Denn so sinnvoll die Schuldenbremse für Bund und Länder auch sein mag - sie führt vor allem die Länder in die Versuchung, bei ihren Finanzmitteln für die Kommunen zu sparen, statt den unbequemen Weg des Aufgabenabbaus und der Regulierung einzuschlagen.“

Mindestausstattung

Bisher komme eine hinreichende finanzielle Mindestausstattung der Kommunen nicht zustande,

weil die Länder immer wieder auf ihre begrenzte finanzielle Leistungsfähigkeit verweisen.

Schrittweise Entlastung

Ausdrückliches Lob sprach die scheidende Präsidentin Bund und Ländern für die Zusage aus, die Kommunen schrittweise von den Ausgaben der Grundsicherung im Alter zu entlasten: „Angesichts der Rekordhöhe der kommunalen Sozialausgaben von inzwischen 42 Milliarden Euro freuen wir uns über die angekündigte spürbare Entlastung bei der Grundsicherung, die bis zum Sommer als Gesetz verabschiedet werden soll. Dieser Posten macht derzeit rund ein Zehntel der Sozialausgaben aus (Fortsetzung auf Seite 4)

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr denn je ist es wichtig, über Fragen der kommunalen Energiepolitik umfangreich informiert zu werden. Am 30. Juni 2011 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für kommunale Entscheider und Behördenvertreter. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. □

Vormerken!
30. Juni
2011

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

**Bayerische
Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs (er erhält weniger Schlüsselzuweisungen und zahlt höhere Umlagen) kaum noch ein Vorteil. Umgekehrt hat ein Landkreis, dessen Umlagegrundlagen sinken, nach Durchführung des Finanzausgleichs kaum einen Nachteil davon. „Der Anreiz der Landkreise, ihre Umlagekraft zu pflegen und zu erhöhen, leidet unter so einer Konstellation - was letztlich zu Lasten des gesamten Landes geht.“

Popularklage

Aus diesem Grund hätten zehn Landkreise in Oberbayern (Berchtesgadener Land, Dachau, Ebersberg, Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Miesbach, Rosenheim und Mühldorf am Inn) (Fortsetzung auf Seite 4)

Konstruktive Kritik am Bericht des Zukunftsrates

Oberfränkische Landräte stellen klare Forderungen

„Wir dürfen nicht zulassen, dass der ländliche Raum hintenansteht und stellen daher klare Forderungen.“ Mit diesen Worten begründete Lichtenfels Landrat Reinhard Leutner die Resolution der oberfränkischen Landräte zum Bericht des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung.

Die oberfränkischen Landräte, mit Reinhard Leutner als Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Landkreistages, haben bei ihrer jüngsten Sitzung in Bindlach in

einer Resolution Ministerpräsident Horst Seehofer und die Staatsregierung aufgefordert, an dem landesplanerischen Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse weiter-



Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken, Reinhard Leutner, Lichtenfels (2. v. r.), Johannes Reile, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Landkreistages (2. v. l.), Regierungspräsident Wilhelm Wenning (5. v. l.) sowie der gastgebende Landrat Hermann Hübner, Bayreuth (3. v. r.). □

hin uneingeschränkt festzuhalten.

Der Bericht des Zukunftsrates dürfe nicht für die künftige Abgrenzung von Förderkulissen herangezogen werden. Zudem müsse der Beitrag der Unternehmen in den ländlichen Räumen zur Wirtschaftskraft des Landes besser anerkannt werden. Die Förderung bestehender Cluster und Vernetzungen muss fortgesetzt und die Realisierung von Pilot- und Modellprojekten verstärkt im ländlichen Raum umgesetzt werden, so die neun Landkreise.



Jetzt muss ja mit der Energiewende und dem Atomausstieg alles ganz schnell gehen. Aber warum auch nicht, meint selbst der Bürgermeister. Immerhin sieht er die Kommunen sowieso als die Ölscheichs des nächsten Jahrhunderts, die mit dezentraler Energieversorgung eine Renaissance der Stadtwerke herbeiführen. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Volkshochschulen: Immer einen Kurs voraus	2
Schulfruchtprogramm: Frisches Obst für 230.000 Schüler	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Kommunalpolitik im Zeitalter der Apps und Phones	3
Versicherungskammer: Erfolgreiches Geschäftsjahr	3
Planungsstrategien: Siedlungsdruck und Abwanderung	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5/6
Abfall · Altlastensanierung	7
Abfall · Umwelt	8
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Bayerischer Katastrophenschutz-Kongress in Weiden:

Speerspitze Rettungsdienst

Mit einem neuen Besucherrekord von rund 600 Teilnehmern wartete der 7. Bayerische Katastrophenschutz-Kongress in Weiden auf. Zentrale Themen der Veranstaltung des BRK-Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz waren die Herausforderungen an das Ehrenamt durch gesellschaftlichen Wandel und Wegfall des Zivildienstes, die Behandlung von Amokläufen als besondere Einsatzsituation, die Regeln der internationalen Katastrophenhilfe, die technische Ausstattung des Katastrophenschutzes, die Ausstattung von Fachdiensten, Innovationen im Rettungsdienst, die Erfahrung mit dem neuen Bayerischen Rettungsdienstgesetz, Neuerungen im Sanitätsdienst, Großveranstaltungen und ihre Herausforderungen sowie zeitgemäßes Krisenmanagement. Parallel dazu fand in der Max-Reger-Halle auch der dritte Bayerische Fachkongress Rettungsdienst statt.

Dass der Rettungsdienst die Speerspitze des Bevölkerungsschutzes darstellt und dabei flankierende ehrenamtliche Unterstützung für Großschadenslagen benötigt, war der Tenor der Veranstaltung. Wie BRK-Präsidentin Christa Prinzessin von Thurn und Taxis feststellte, „macht nur die Verzahnung von Haupt- und Ehrenamt ein leistungsfähiges Sicherheitssystem aus“. Zugleich rief sie das Anliegen der Helfergleichstellung in Erinnerung, um endlich landesweit einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen für alle Helferinnen und Helfer der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zu schaffen.

Unverzichtbarer Beitrag

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Klaus-Dieter Fritsche, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, betonten ebenfalls den Stellenwert des Ehrenamtes im deutschen Bevölkerungsschutz und den unverzichtbaren Beitrag, den die zahlreichen Freiwilligen für diese verantwortliche Aufgabe leisten.

Beide hoben zudem die struk-

turelle und finanzielle Unterstützung des Staates in Form von Fahrzeugen, Ausstattung oder Strukturen wie dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hervor und freuten sich, dass mit der Führerscheinenerweiterung für Hilfsorganisationen eine sinnvolle Rahmenbedingung für den Einsatz auch jüngerer Helfer geschaffen werden konnte.

Enormes Potential

Laut Herrmann arbeiten Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW, Polizei, Bundeswehr und Bundespolizei mit dem Freistaat Bayern, den Katastrophenschutzbehörden und den Kommunen eng und vertrauensvoll zusammen. Mit 470.000 Einsatzkräften (450.000 davon ehrenamtlich tätig) verfüge Bayern über ein enormes Potential, das die beste Gewähr für einen effektiven und erfolgreichen Katastrophenschutz biete.

Wolle man diesen hohen Sicherheitsstandard allerdings halten, seien weiterhin große Anstrengungen erforderlich, be-

merkte Herrmann. Schließlich würden Naturkatastrophen infolge des Klimawandels und der damit einhergehenden Wetterextreme zunehmen. Auch auf Terroranschlägen und Epidemien müsse man vorbereitet sein. „Wie aktuell das Ganze ist, haben uns das Erdbeben und der Tsunami in Japan mit ihren furchtbaren Folgen drastisch vor Augen geführt“, machte der Minister deutlich.

Gefahrenabwehr

Die große Anzahl der Einsatzkräfte in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ist für den Minister gleichzusetzen mit Zusammenhalt, Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Diese gelte es noch weiter auszubauen. Strikt lehnt der Innenminister indes eigene Einheiten der EU im Katastrophenschutz ab. Das europäische Zusammenwirken im Katastrophenschutz müsse auf den bewährten födera-

len Strukturen aufgebaut werden. Jeder Mitgliedsstaat habe zunächst in eigener Verantwortung dafür zu sorgen, dass er über genügend Personal und Ausstattung verfüge.

Beschaffungsprogramm

Wie Herrmann darlegte, habe das bayerische Innenministerium in den Jahren 2007 und 2008 gemeinsam mit den Landesverbänden der Hilfsorganisationen und dem Landesfeuerwehrverband ein eigenes Beschaffungsprogramm für eine verbesserte Ausstattung im Katastrophenschutz erarbeitet. Das Programm setze Schwerpunkte vor allem dort, wo sich der Bund in der ergänzenden Ausstattung im Katastrophenschutz zurückgezogen habe. Ehrgeiziges Ziel sei es, innerhalb von zehn Jahren rund 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Mit Sorge betrachteten die Vertreter des Roten Kreuzes und der Politik die Aussetzung der Wehrpflicht und damit den Wegfall einer wichtigen Einstiegsgelegenheit für Ehrenamtliche. Der Bundesfreiwilligendienst stellt somit eine weitere gesellschaftliche Herausforderung für die Hilfsorganisationen dar, ähnlich wie der demographische Wandel.

DK

bvv-Landestagung in Bayreuth:

Immer einen Kurs voraus

Verbandspräsident Josef Deimer einstimmig im Amt bestätigt

Die Volkshochschulen in Bayern leisten nach den Worten ihres Verbandspräsidenten, Landshuts Ex-Oberbürgermeister Josef Deimer, einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Drei Millionen Bürger nutzten jährlich deren Weiterbildungsangebote, erklärte Deimer, der im Amt des Verbandspräsidenten von den 130 Delegierten einstimmig bestätigt wurde.

Bei der Eröffnung des Festakts bedankte sich der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetages bei Bayreuths Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, der die vhs-Leiterinnen und -Leiter im Namen der Stadt herzlich willkommen hieß. Seit 1979 hat Josef Deimer das Amt des bvv-Präsidenten inne – mit ununterbrochenem großem Elan. Nach über dreißig Jahren Präsidentschaft ist er überzeugt denn je, dass Erwachsenenbildung sich zwar nicht rechnet, aber auszahlt. Die Volkshochschulen setzten einen öffentlichen Bildungsauftrag unternehmerisch um. Dazu benötigten sie eine öffentliche Grundfinanzierung.

Startpunkt für das Lernen

„vhs hat Bildungslandschaften“, stellte Karl Heinz Eisfeld,



Josef Deimer.

erster Vorsitzender des bvv fest. Die örtliche Volkshochschule habe sich mit RW21, dem gemeinsamen Domizil von Stadtbibliothek und Volkshochschule einen Startpunkt für das Lernen geschaffen. Dieser könne beflügeln nach dem Motto: „Die vhs ist immer einen Kurs voraus.“

Ministerialdirektor Josef Er-

AKDB-Hausmesse Schwaben:

Kontaktforum für Kommunen

Information über Zukunftstrends

Zufriedene Gesichter nach der AKDB-Hausmesse Schwaben: Weit mehr als 100 Besucher aus dem kommunalen Bereich waren in die Bobinger Singoldhalle gekommen. Sie nutzten die Gelegenheit, um sich an den Präsentationsplätzen in zwangloser Atmosphäre über neueste Softwarelösungen und Zukunftstrends zu informieren und sich dabei untereinander auszutauschen.

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth appellierte in seiner Eröffnungsrede an die Teilnehmer, die Messe als Plattform für den Erfahrungsaustausch zu betrachten: „Wir begreifen uns als Teil der kommunalen Familie: Viele Ideen der Kunden fließen in unsere Produktentwicklung ein. Wir nehmen die Anregungen der Kommunen auf und entwickeln sie weiter“, so Alexander Schroth.

Portallösungen für Bürgerservice

Hauptthemen waren unter anderem: Portallösungen wie das Bürgerservice-Portal, das künftig viele Behördengänge überflüssig macht, elektronische Ak-

hard vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus hob in seinem Grußwort hervor, dass die Volkshochschulen ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft sind – allerorts. Deshalb werde es trotz angespannter Haushaltslage auch keine Kürzungen bei den Haushaltsmitteln für die Erwachsenenbildung geben. Er bekräftigte die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens. Dies sei eine Aufgabe der Volkshochschulen in Bayern, für die das Ministerium die Partnerschaft auch in Zukunft zusichere.

Ganzheitliches Bildungsverständnis

Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Professor für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, betrachtete die Volkshochschulen als einen dynamischen und zentralen Teil kommunaler Bildungslandschaften auf der Basis eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses. Durch eine permanente Qualitätssicherung und eine wachsende Professionalisierung der Mitarbeiter sorgten Volkshochschulen für die Erhöhung der Bildungsbeteiligung, für eine stärkere soziale Integration, eine bessere politische Partizipation, eine breite berufliche Qualifizierung und zudem für die kulturelle Identitätsfindung jedes Einzelnen. Aus diesem Grunde beantworteten die Volkshochschulen die durch die Dynamik der Wissensgesellschaft, der Risikogesellschaft, der Zivilgesellschaft, der Erlebnisgesellschaft und insbesondere auch einer Gesellschaft des langen Lebens aufgeworfenen Fragen.

Im Vorprogramm der bvv-Landestagung hatten sich fünf Arbeitsgruppen mit der Profilierung der vhs-Programmbereiche Gesellschaft, Beruf, Sprachen, Gesundheit und Kultur befasst. DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Zenk
96110 Scheßlitz
am 18.5.

Bürgermeister Albert Morasch
84106 Volkenschwand
am 22.5.

Bürgermeister Heinz Koch
97246 Eibelstadt
am 26.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jakob Bichlmaier
84574 Taufkirchen (Mühl Dorf)
am 18.5.

Bürgermeister Reinhold Schilling
89443 Schwenningen
am 19.5.

Bürgermeister Hermann Bühling
96486 Lautertal
am 20.5.

Bürgermeister Hermann Hackl
94571 Schaufling
am 24.5.

Bürgermeister Hermann Öchsner
97285 Tauberrettersheim
am 26.5.

Bürgermeister Gerald Schade
95195 Röslau
am 29.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Steigenberger
82347 Bernried
am 5.5.

Bürgermeister Reiner Dunkel
82278 Althegnenberg
am 14.5.

Bürgermeister Herbert Saft
90562 Kalchreuth
am 26.5.

Bürgermeister Walter Bermann
94089 Neureichenau
am 30.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung
90744 Fürth
am 5.5.

Landrat Erwin Schneider
84503 Altötting
am 11.5.

Bürgermeister Adolf Hornsteiner
82481 Mittenwald
am 12.5.

Bürgermeister Jakobus Kötzner
96158 Frensdorf
am 15.5.

Bürgermeister Alfred Wölfle
87496 Untrasried
am 18.5.

Bürgermeister Georg Straub
97618 Hohenroth
am 25.5.

Bürgermeister Karl Gerhard
97282 Retzstadt
am 28.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Hauke
85095 Denkendorf
am 4.5.

Bürgermeister Hubert Fischer
86381 Krumbach
am 14.5.

Landrat Martin Bayerstorfer
85435 Erding
am 21.5.

Bürgermeister Rainer Schnitzler
82343 Pöcking
am 22.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Markus Pannermayr
94315 Straubing
am 28.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Frisches Obst für 230.000 Schüler

Bayerisches Schulfruchtprogramm auf Erfolgskurs

Das Schulfruchtprogramm hat sich in Bayern zu einem Riesenerfolg entwickelt: Rund ein Jahr nach dem Start erhalten fast 230.000 Kinder an 1.200 Grundschulen im Freistaat einmal in der Woche kostenlos frisches Obst und Gemüse. Das sind mehr als die Hälfte der berechtigten Schulen und Kinder im Freistaat, wie Ernährungsminister Helmut Brunner in München mitteilte.

Angesichts der Beliebtheit will der Minister nach und nach alle bayerischen Grundschulen für das Schulfruchtprogramm gewinnen. „Wir wollen möglichst vielen Kindern die gesunde Ernährung schmackhaft machen“, so Brunner. Gerade im Grundschulalter seien die Chancen groß, die Wertschätzung für Obst und Gemüse zu verbessern und so den Grundstein für ein dauerhaft gesundheitsbewusstes Essverhalten zu legen.

Landesmittel zur Kofinanzierung

Für das Programm stehen dem Freistaat im laufenden Schuljahr 2,4 Millionen Euro EU-Mittel sowie entsprechende Landesmittel zur Kofinanzierung zur Verfügung.

Dem Ernährungsminister zufolge ist auch die Fortführung im kommenden Schuljahr gesichert: Von den elf Millionen Euro EU-Mitteln, die für Deutschland vorgesehen sind, fließen

voraussichtlich rund drei Millionen nach Bayern.

Unbürokratische Handhabe

Bei der Umsetzung des Schulfruchtprogramms hat Brunner trotz strenger EU-Vorgaben auf eine unbürokratische Handhabung Wert gelegt. Damit soll der Aufwand für die Schulen in Grenzen gehalten und die Teilnahme erleichtert werden. Beteiligten können sich die vier Grundschulklassen sämtlicher Schulen in Bayern. Die Schulen müssen dafür mit einem der derzeit 440 zugelassenen Lieferanten einen Liefervertrag mit Vereinbarungen etwa zur Auswahl der Fruchtarten und zu Lieferterminen schließen und für die Verteilung im Schulhaus sorgen. Voraussetzung ist zudem die Teilnahme am Fitness-Programm „Voll in Form“. Detailinfos zum Schulfruchtprogramm und eine Liste der zugelassenen Lieferanten gibt es im Internet unter www.schulfruchtprogramm.bayern.de.

DK

Sparkassen unterstützen

„Köner durch Erfahrung“

„Wirtschaftliche und gesellschaftliche Initiativen miteinander zu verbinden“ sei für Sparkassen ein wichtiges Element ihres Unternehmensleitbildes. So begründete Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die Unterstützung der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Rahmen der Bilanzveranstaltung „Köner durch Erfahrung 2010“ der Landesverkehrswacht Bayern.

Als Anreiz und Anerkennung für die Kursteilnehmer haben die bayerischen Sparkassen 16 Sparbücher mit einer Einlage von jeweils 550 Euro gespendet. Außerdem wurden weitere 21.000 Euro von den bayerischen Sparkassen für zentrale Verkehrssicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Wie Theo Zellner anlässlich der Veranstaltung in Bergheim bei Ingolstadt betonte, leisten die Seminare der Aktion „Köner durch Erfahrung“ einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge Fahranfänger Gefahren des Straßenverkehrs schneller erkennen, sie vermeiden oder besser mit ihnen umgehen können. Die Vorführung eines Ausschnitts aus dem praktischen Teil des Kursprogramms bestätigte seine Aussage. Zellner wörtlich: „Die langjährige Unterstützung des Fahrsicherheitstrainings ist ein Beispiel für das gesellschaftlich verantwortungsvolle Handeln der Sparkassen und ihr verlässliches Engagement für die Menschen vor Ort und ihre Probleme.“

DK

Bilanzpressekonferenz der Versicherungskammer Bayern:

Außerordentlich erfolgreiches Geschäftsjahr

Für die Versicherungskammer Bayern, die heuer - ausgehend von der 1811 durch König Maximilian I. Joseph gegründeten „Allgemeinen Brandversicherungsanstalt“ für Bayern - auf ihr 200-jähriges Jubiläum zurückschauen kann, war 2010 ein außerordentlich erfolgreiches Geschäftsjahr. Und im Jubiläumsjahr blickt die Kammer auch mit großer Zuversicht in die Zukunft.

Trotz der Finanzmarktkrise hat der Konzern seine Beitragseinnahmen insgesamt über alle Sparten um brutto 12,9 Prozent auf 7,15 (Vorjahr: 6,36) Milliarden Euro deutlich stärker als der Markt (+ 4,8 Prozent) gesteigert. Von den Brutto-Beiträgen entfielen auf die Lebensversicherung 43,9, auf die Kranken- und Pflegeversicherung 29,0 und auf die Kompositversicherung (Schaden- und Unfallversicherung) 27,1 Prozent. Der Jahresüberschuss konnte mit 133,4 (135,9) Millionen Euro auf hohem Niveau nahezu stabil gehalten werden, da die Kostenquoten weiter gesenkt und die stillen Lasten aus der Finanzmarktkrise von über 500 Millionen auf 6 Millionen Euro abgebaut werden konnten. Die Kapitalanlagen des Konzerns stiegen um 5,5 Prozent auf 37,22 (35,28) Milliarden Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich auf 1,55 (1,35) Milliarden Euro, was zu einer Nettoverzinsung auf den gesamten Kapitalbestand von 4,3 Prozent führte.

Beratungsqualität

Der Vorstandsvorsitzende Friedrich Schubring-Giese nannte als ausschlaggebend für den Erfolg die Qualität der Produkte, die gute Beratungsqualität und die vertriebliche Einbettung in die Sparkassen-Finanzgruppe. Der Kammer-Chef, der in der Bilanzpressekonferenz besonderen Wert auf die Darstellung der Probleme und Herausforderungen in den einzelnen Sparten legte, sieht für den „Versicherer der Regionen“ auch die Entwicklung im laufenden Jahr sehr zuversichtlich, zumal die Rating-Agentur Standard & Poor's den Konzern wieder mit „sehr gut“ (A) benotet hat. Inzwischen ist die Kammer nicht nur in Bayern, sondern auch in der (ehemals bayerischen) Pfalz, im Saarland, in Berlin/Brandenburg und neuerdings auch in Sachsen-Anhalt tätig.

Mit Bezug auf die Stimmen, „welche die Lebensversicherung zu Grabe tragen wollen“, stellte der Vorstandschef fest: „Die Lebensversicherung hat ihre Stellung stabilisiert, denn sie ist und bleibt eine der sichersten Geldanlagen, insbesondere beim Vermögensaufbau für die Altersvorsorge. Die volatilen Aktienmärkte eigneten sich letztlich nicht für eine nachhaltige sichere Anlage. Und auch Immobilien seien dazu nur selten geeignet, weil ihre Rentabilität wirtschaftliches und demographisches Wachstum voraussetze. An einer zusätzlichen kapitalgedeckten Lösung der Altersvorsorge komme daher niemand vorbei, denn der gegenwärtige Generationenvertrag trage auf Grund der feststehenden demographischen Entwicklung nicht mehr. Schubring-Giese: „Kapitaldeckung ist neben der gesetzlichen Basisabdeckung ein unverzichtbares Element. Wir brauchen beides, die Basisabdeckung und die Kapitaldeckung.“

Auch für die Kranken- und Pflegeversicherung war 2010 ein erfolgreiches Jahr, in dem die Beitragseinnahmen um 6,5 Prozent auf 2,05 (1,93) Milliarden Euro zulegten, wobei die Krankenversicherung um 6,8 Prozent und die Pflegeversicherung um 1,6 Prozent wuchsen. Die Zahl der versicherten Personen nahm um 45.000 auf 2,8 Millionen zu, vor allem durch ergänzende

Pflegeversicherungen. Dennoch stehe diese Sparte vor großen Herausforderungen, die vor allem von der Politik gelöst werden müssten.

Rasches Umdenken

Zwar hätten durch die Abschaffung der Drei-Jahres-Wechselfrist mehr Menschen die Möglichkeit, in die Private Krankenversicherung zu wechseln, und auch die Neuordnung des Arzneimittelmarktes sei zu begrüßen, weil jetzt auch die privaten Krankenversicherer von den Rabatten der Pharmahersteller profitierten. Doch das Kernproblem sei der demographische Wandel, der die Sicherungssysteme an ihre Grenzen stoßen lasse. Besonders in der Pflegeversicherung sei ein rasches Umdenken nötig, weil weder die Hoffnung auf qualifizierte Zuwanderung aus den EU-Ländern noch die Einführung des Elterngeldes den negativen Bevölkerungstrend gestoppt hätten. „2011 kommen auf 100 Erwerbstätige 34 Personen, die über 65 Jahre alt sind. 2030 sind es 51, 2040 schon 59 und 2050 bereits 61“, rechnete Schubring-Giese vor. Die ganze Dramatik stehe noch bevor. Das Umlageverfahren ist seiner Meinung nach von höchster Generationen Ungerechtigkeit gekennzeichnet. Darunter litten auch die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es sei kurz vor 12. An einer kapitalgedeckten Ergänzung führe kein Weg vorbei.

Zusatzversicherungen

In der Krankenversicherung entfällt ein wesentlicher Teil auf die Zusatzversicherungen. Die Zahl der Vollversicherten verbuchte mit 500.496 Personen sogar ein leichtes Minus. Auf das „von der Politik geschaffene Problem der Nichtzahler“ ging Schubring-Giese ganz besonders ein. Denn seit der letzten Gesundheitsreform sei es nicht mehr möglich, Kunden, die ihre Beiträge sechs Monate oder län-

ger nicht mehr bezahlen, den Versicherungsvertrag zu kündigen. Der Versicherer sei nicht nur verpflichtet, Notfallleistungen zu erstatten, sondern für diesen Personenkreis auch Altersrückstellungen aufzubauen. „Da den Ausgaben hier aber keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen, ist es dringend geboten, hier eine gesetzliche Regelung zu schaffen, um die Höhe der Beitragsaußenstände sowie der entsprechenden Wertberichtigungen nicht weiter ansteigen zu lassen“, forderte der Kammer-Chef. 2010 hat der Konzern für das Nichtzahler-Problem Wertberichtigungen über 26 Millionen Euro vorgenommen.

Preiswettbewerb

In der Schaden- und Unfallversicherung legten trotz des dort seit Jahren herrschenden intensiven Preiswettbewerbs die Prämieeneinnahmen noch leicht um 2,2 Prozent auf 1,92 Milliarden Euro zu. Inzwischen zeichne sich ein positiveres Beitragswachstum ab.

Im laufenden Jahr hofft die Kammer, in der Kranken- und Pflegeversicherung die Prämieeneinnahmen um etwa 3 Prozent zu steigern. In Komposit wird ein Plus von einem Prozent erwartet. In der Lebensversicherung werde sich das starke Wachstum aus dem Vorjahr nicht fortsetzen, sagte Schubring-Giese. Bei den laufenden Beiträgen werde es eine leichte Steigerung geben, doch bei den Einmalbeiträgen einen Rückgang. Der sei auch durchaus gewollt, um dauerhaft eine gesunde Balance zwischen dem Einmalbeitragsgeschäft und den laufenden Neubeiträgen zu schaffen. Um „Zinsjäger“ abzuweisen, habe man eine Stufenüberschussbeteiligung eingeführt. Und um auf geänderte Lebensmodelle zu reagieren, habe man neue Produkte wie etwa das Generationen-Depot für die Ruhestandsplanung und für jüngere Menschen ein günstiges Einstiegsprodukt in die Berufsunfähigkeitsversicherung geschaffen.

Um auch selbst auf die demographische Entwicklung vorbereitet zu sein, wurde die Ausbildungsquote deutliche angehoben. Heuer steigt die Zahl der

Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Stadtumbau West“:

22 Millionen Euro für bayerische Kommunen

„Mit mehr als 22 Millionen Euro Finanzhilfen unterstützen wir dieses Jahr im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau West“ die bayerischen Kommunen, die von den städtebaulichen Folgen demografischer und wirtschaftsstruktureller Veränderungen oder militärischer Konversion betroffen sind. Gerade auch vor dem Hintergrund der geplanten Strukturreform der Bundeswehr bleibt die Konversion militärischer Liegenschaften weiterhin eine wichtige Aufgabe der Städtebauförderung“, teilte Innenminister Joachim Herrmann mit.

Für 2012 plant der Bund weitere tiefe Einschnitte bei den Städtebaufördermitteln. Demnach sollen diese Mittel von 590 Millionen Euro im Jahr 2010 und 455 Millionen Euro in diesem Jahr auf nur noch 265 Millionen Euro gekürzt werden. Diese Kürzungen seien für die Länder unzumutbar.

Zukunftsorientierung

Mit dem 2004 aufgelegten Programm „Stadtumbau West“ konnten Bund und Freistaat bisher mehr als 156 Millionen Euro für zukunftsorientierte Investitionen der Kommunen beisteuern.

2011 werden 95 Städte und Gemeinden aus dem Programm unterstützt. Das große Interesse der Kommunen zeige, dass der mit Stagnation und Schrumpfung verbundene städtebauliche Wandel mit Hilfe der Städtebauförderung bewältigt werden kann. „Lebensqualität und Attraktivität unserer Städte, Märkte und Gemeinden bleiben wichtige Standortfaktoren, gerade im ländlichen Raum. Deshalb sei die Stärkung des ländlichen Raums ein wichtiges Ziel. Mehr als 80 Prozent der Stadtumbaufördermittel kommen dort zum Einsatz“, so Herrmann. Auch heuer wird das Bund-Län-



Kolumne

Heinrich Lenz



Liebe Leserinnen und Leser,

während wir immer noch ängstlich darüber diskutieren und nachdenken, ob sich der Einsatz moderner Medien mit dem Datenschutz vereinbaren lässt oder diese über Viren unsere EDV-Anlagen lahmlegen könnten, wickeln andere schon seit Jahren hocheffizient die komplette Terminplanung, einen Teil des Schriftverkehrs (z.B. über Quick-Office) und sämtliche e-Mails über digitale Netzwerke ab.

Sie lesen damit die Tageszeitung, checken das Wetter oder hören sich auf Bayern 3 und der Tagesschau die aktuellen 100-Sekunden-Nachrichten an. Städte und Fremdenverkehrsorte, die mit

Kommunalpolitik im Zeitalter der Apps und Phones

der Zeit gehen, präsentieren sich heute mit einer eigenen „App“, bieten einem Touristen alle Informationen vor Ort passgenau und rund um die Uhr über das mobile Internet an. „Das ändert alles. Wieder einmal“, lautet der Werbeslogan eines bekannten Herstellers und dem ist nur zuzustimmen. „Apps“ waren auch das tragende Thema der CeBIT 2011 in Hannover.

Durch den UMTS-Ausbau und die LTE-Technologie (Turbointernet genannt) haben erstmals auch ländliche Regionen die Möglichkeit, mobile Computeranwendungen verstärkt einzusetzen. Wir sollten sie nutzen, die zahlreich angebotenen Smartphones und die damit verbundenen Vorzüge in der Bewältigung unserer Aufgaben, privat und dienstlich, nicht zuletzt auch um dem Papierkrieg soweit möglich abzuschwören und um vor allem Zeit und Geld zu sparen.

Über 100.000 Apps gibt es allein im „Apple-Store“ und mindestens die gleiche Anzahl dürfte

noch einmal für die anderen rund 1.000 Smartphonanbieter dazukommen. Das ist ein gigantischer Markt und wie ich meine, auch eine faszinierende Technik für die kommunale Selbstverwaltung und unsere Spitzenverbände.

Nach persönlicher Einschätzung dürfte bereits mehr als die Hälfte aller bayerischen Kommunalpolitiker mit den neuen „Zugpferden der IT-Branche“ ausgestattet sein. Sie alle sind auf einen möglichst schnellen und zuverlässigen Informationsfluss angewiesen, sehen darin ein großes Potential im direkten Austausch von Bürgern und Verwaltung, der jetzt über Videotelefonate sogar auch von Angesicht zu Angesicht möglich ist.

Die Meldung von Schlaglöchern, defekten Geräten auf Spielplätzen oder beschädigten Verkehrseinrichtungen kann sofort und direkt mit Bildanhang über die „Bürger-App“ an den Rathauschef, den Bauhofleiter oder die Polizei gerichtet werden. Dazu bedarf es nur weniger Klicks. Smartphones verfügen außerdem über eine unglaublich scharfe Auflösung, so dass sich die produzierten Bilder und Videos zur Weiterverwendung bestens eignen. In Kürze soll es auch einen leistungsfähigen Beamer im Taschenformat geben, der in Kombination mit dem Telefon bei Präsentationen (z. B. Bürgerversammlungen, Gemeinderatssitzungen und Workshops) schnell und vor allem kabellos eingesetzt werden kann.

Nicht zuletzt ist davon auszugehen, dass Smartphones bei anstehenden Wahlentscheidungen eine noch größere Rolle spielen werden. Mobiles Networking hat sich zu einem Mega-Bedürfnis entwickelt, das Minirathaus in der Hosentasche ist längst Realität geworden. Die „CSU-App“ hat es uns vorgemacht, wir sollten diesem Beispiel des modernen Informations- und Kommunikationsaustausches schnell folgen.

Ihr Heinrich Lenz

Azubis um 21 auf 175, sodass es dann über alle Ausbildungsjahre hinweg 442 Azubis gibt.

Familienfreundliche Personalpolitik

Als Beitrag zur familienfreundlichen Personalpolitik wird in Kürze eine Kindestagesstätte eingerichtet, die auch Kindern aus dem Stadtteil Giesing offen steht. Außerdem kooperiert die Kammer mit einem Familienservice, um Mitarbeiter bei der Betreuung von Kindern oder auch pflegebedürftigen Angehörigen zu unterstützen. Weitere Maßnahmen seien in der Planung. Insgesamt ist die Zahl der Mitarbeiter auf 6.501 (6.433) gestiegen. **dhg**

Keine automatische Freilassung

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung

Innenminister Joachim Herrmann hat in einer ersten Reaktion die zentrale Aussage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung begrüßt: „Hochgefährliche, rückfallgefährdete Gewalt- und Sexualstraftäter dürfen zum Schutz der Bevölkerung weggesperrt werden. Und keiner der hochgefährlichen Straftäter, die nach den bisherigen Regelungen zur Sicherungsverwahrung eingesperrt sind, müssen jetzt sofort und automatisch freigelassen werden.“

Es gelte nun, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufmerksam zu analysieren und das geforderte freiheitsorientierte und therapiegerichtete Gesamtkonzept zur Sicherungsverwahrung zügig umzusetzen.

Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber eine Frist bis zum 31. Mai 2013 gesetzt, bis zu der die verfassungsrechtlich gebotene Trennung der Sicherungsverwahrung von der Straftat geschaf-

fen werden muss. „Ich erwarte jetzt zügige Vorschläge der Bundesjustizministerin.“

Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen Regelungen im Strafrecht und Jugendgerichtsgesetz zur Sicherungsverwahrung für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt. Gleichwohl ordnete es die Fortgeltung der bisherigen Regelungen bis zum 31. Mai 2013 an. „Das Karlsruher Urteil hat damit die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger klar im Blick gehabt und zu Recht höher gewichtet als das Freiheitsinteresse von rückfallgefährdeten Schwerstverbrechern.“

Überprüfung durch Gerichte

Es hat auch unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine sofortige Freilassung der jetzt Sicherungsverwahrten Gerichte, Verwaltung und Polizei vor unlösbare Probleme stellen würde. Die Gerichte müssen jetzt prüfen, ob Straftäter in den Fällen, in denen die Unterbringung über die frühere Zehnjahresfrist hinaus fort dauert, sowie in den Fällen der nachträglichen Sicherungsverwahrung nach Maßgabe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts weiter verwahrt bleiben können. **□**

36 Millionen Euro für Krankenhäuser

16 bayerische Krankenhäuser erhalten in diesem Jahr für ihre Baumaßnahmen vorzeitig Fördermittel des Freistaats Bayern von insgesamt 36,25 Millionen Euro. Dies teilten Dr. Markus Söder, Gesundheitsminister, und Finanzminister Georg Fahrenschon mit. Ursprünglich waren die Förderprojekte erst für die Jahre 2012 bis 2014 eingeplant. „Die Krankenhäuser können die Fördergelder vorzeitig abrufen und ihre Projekte schneller verwirklichen. Die Patienten profitieren“, so die Minister. Die Finanzierung der Projekte beginnt bis zu drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen. **□**

Investitionsanstoß

In den insgesamt acht Programmen der Städtebauförderung stehen 2011 rund 122 Millionen Euro Landes-, Bundes- und EU-Finanzhilfen zur Verfügung. Das damit angestoßene Investitionsvolumen beträgt erfahrungsgemäß ein Mehrfaches.

Die Liste der Programmkomponenten und Finanzhilfen sowie weitere Informationen zum Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ stehen im Internet unter www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebauforderung zur Verfügung. **□**

Siedlungsdruck und Abwanderung

Gemeindevertreter diskutieren Planungsstrategien für eine zukunftsfähige Entwicklung

120 Bürgermeister, Planer und Verwaltungsmitarbeiter aus ganz Bayern folgten einer Einladung der Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten zur Diskussion über Lösungsmöglichkeiten für drängende soziale und kommunale Herausforderungen ländlicher Gemeinden.

Chancen werden im bürger-schaftlichen Engagement der Bevölkerung und der interkommunalen Zusammenarbeit in ländlichen Regionen gesehen. Um in Zukunft dort die Grundversorgung und Lebensqualität zu gewährleisten, müssen alle kommunalen Entscheidungen auf Basis der demographischen Entwicklung gefällt werden - darin waren sich die Fachleute einig.

Unterstützung bei der Koordination und Betreuung ihrer Vorhaben erfahren die Kommunen von den Verwaltungen für Ländliche Entwicklung im Rahmen der Dorferneuerungsverfahren und der integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte (ILE). Diese bündeln die Kräfte einer Region, gleichzeitig bewahren sie die Eigenständigkeit und Identität einer Gemeinde. Künftig gilt es auch, die sozialen Wirkkräfte besser zu nutzen, damit das Gemeinwesen funktionieren kann, resümierte die Tagungsleiterin Beatrix Drago. Als Impulsgeber und wichtiger Partner der Kommunen spielen zudem die Schulen für Dorf- und Landentwicklung eine wichtige Rolle. „Wir verfügen über ein effektives Netzwerk und unterstützen beispielsweise mit unserer Internet-Plattform <http://www.sdl-inform.de> kreative Lernprozesse“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten.

Rahmenbedingungen schaffen

Um die anstehenden Aufgaben besser bewältigen zu können, forderten die Experten die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen sich an der Strategieentwicklung beteiligen und klare kommunale Ziele formulieren. „Wir brauchen die dazu notwendigen Finanzen und angesichts der Komplexität der Aufgaben auch Beratung und Unterstützung“, so Hildegard Wanner, Bürgermeisterin von Höchstädt und Bezirksvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags. Denn mit dem prognostizierten Rückgang der Bevölkerung auf dem Lande geht zwangsläufig auch eine Verschlechterung der kommunalen Einkommenslage einher.

Mischung aus Anpassungs- und Gegenstrategie

„Der Schereneffekt zwischen

den Gemeinden wird sich verstärken und zu differenzierten Entwicklungen in den einzelnen Kommunen führen“, erläuterte Hildegard Wanner.

(Fortsetzung von Seite 1)

und wird längerfristig weiter dynamisch anwachsen. Die Kommunen sind keine Rentenkasse. Deshalb ist die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Menschen im Alter ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu bieten, beim Bund richtig angesiedelt.“

Optimismus

Optimistisch äußerte sich Petra Roth zur Gewerbesteuer, die von der Koalition in Berlin auf den Prüfstand und von der FDP grundsätzlich in Frage gestellt worden war: „Die wichtigste Steuer der Städte wird nicht abgeschafft, sondern bleibt erhalten. Dafür haben die Städte gemeinsam gekämpft, die finanzstärkeren und die finanzschwächeren, die Städte in den alten und den neuen Ländern. Wir setzen darauf, dass in den nächsten Wochen in der Schlussphase der Arbeit der Gemeindefinanzkommission die Gewerbesteuer auch nicht geschwächt wird.“

An die Länder richtete sie den eindringlichen Appell, den Ausbau der Kinderbetreuung finanziell stärker zu unterstützen: „Die Städte unternehmen große Anstrengungen, um den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige voranzutreiben.“ Es gebe beachtliche Fortschritte, aber es fehlten nach den letzten bisher verfügbaren Zahlen noch rund 280.000 Plätze, um bundesweit auf 750.000 Plätze zu kommen.

Zukunft der Energiepolitik

Zur aktuellen Debatte zur Zukunft der Energiepolitik stellte Frankfurts Rathauschefin fest: „Der Deutsche Städtetag hat im vorigen Jahr massive Kritik daran geübt, dass durch die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke die Wettbewerbsbedingungen der Stadtwerke drastisch verschlechtert wurden. Wir appellieren an den Bund: Beziehen Sie die Kommunen und ihre Stadtwerke in die Gespräche über die Energiepolitik der Zukunft ein. Schließlich lässt sich allein über die Städte eine dezentrale Energieversorgung leisten. Die Energieversorgung der Zukunft muss dezentral sein.“ Die Stadtwerke hätten im Vertrauen auf einen Atomausstieg massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien und dezentraler Versorgungsstrukturen investiert. Diese Investitionen drohten durch die Laufzeitverlängerung wertlos zu werden.

Nach der Katastrophe in Japan habe die Bundesregierung mit einem Moratorium die Laufzeitverlängerung gestoppt und trage sich mit dem Gedanken, den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen. Das sei vernünftig. Die Energiewende werde gerade dann gelingen, wenn die Stadtwerke faire Bedingungen im Wettbewerb vorfinden und ihre besonderen Stärken im Energiekonzept der Zukunft ausreichend berücksichtigt sind. Ohne

Dem demographischen Wandel werden Gemeinden mit einer aktiven und individuellen Weichenstellung begegnen müssen. Die notwendige Mischung aus Anpassungs- und Gegenstrategie erfordert es, dass Planungen neu überdacht und gegebenenfalls angepasst werden. Kommunen müssen zudem die Erfahrungen erfolgreicher Gemeinden intensiver nutzen, um von positiven Beispielen profitieren.

Integrierte Entwicklung

Der Fachtag bot Gelegenheit, gelungene ILE-Projekte im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung vorzustellen. Dazu

die Städte und ihre Unternehmen seien die engagierten Klimaschutzziele des Bundes nicht zu erreichen, so Roth abschließend.

Der neu gewählte Präsident des Deutschen Städtetags, Christian Ude, sprach sich dafür aus, die kommunale Demokratie durch verbesserte Bürgerbeteiligung zu stärken, ohne die politischen Gremien zu schwächen. „Wir müssen uns immer fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen.“

Mehr Demokratie wagen

Ude sprach sich dafür aus, „noch mehr Demokratie zu wagen“ und forderte: „Bei den hervorragenden Instrumenten des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids darf es keine Hürden geben, die kaum überwindbar sind; das gilt auch für Volksentscheide. Wenn wir Kommunalpolitiker unsere Legitimation auch bei verheerend niedriger Wahlbeteiligung nicht in Zweifel ziehen, dürfen wir bei Einzelentscheidungen der Bürgerschaft keine höheren Prozentsätze verlangen, als sie uns selber als Legitimationsbasis zur Verfügung stehen.“

Stärkere Bürgerbeteiligung dürfe aber nicht zu einer Lähmung der Arbeit der gewählten Mandatsträger und politischen Gremien führen, warnte der Städtetagspräsident. „Ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte, die demokratisch gewählt sind und sich jahrelang sachkundig machen, werden noch viele Tausende Entscheidungen zu treffen haben, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch neue Kinderkrippen und Schulerweiterungen, Wohnungsbauten und Verwaltungsgebäude, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Leistungen und kulturelle Angebote zu befriedigen.“ Diese sollten mit Selbstbewusstsein arbeiten können.

Zusammenhalt

Zum Abschluss der dreitägigen Versammlung verabschiedeten die Delegierten die Stuttgarter Erklärung „Zusammenhalt und Zukunft - nur mit starken Städten“. Darin heißt es: „Die Städte spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Zukunft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht. Diese Zukunftsaufgabe kann nur bewältigt werden, wenn Bund, Länder und Kommunen zielgerichtet zusammenarbeiten.“ Dies könne nur auf der Grundlage folgender Rahmenbedingungen gelingen:

1. Keine Schuldenbremse auf Kosten der Kommunen

2. Kommunale Handlungsspielräume und Kompetenzen in der Bildung stärken - finanzielle Rahmenbedingungen sichern

gehörten unter anderem die soziale Vernetzungsstelle „Bürgerservice Bachtal“, als zentrale Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Koordinationsstelle. Im Mittelpunkt steht die Hilfe von Bürgern für Bürger, die ihren Alltag nicht mehr alleine bewältigen können. Neben dem Einsatz vieler Ehrenamtlicher, ist in der Einrichtung eine feste 400-Euro-Stelle installiert worden. Interessant ist auch das ILE-Immobilienportal mit integriertem Beratungsangebot, dadurch soll die Innenentwicklung der Orte verbessert werden. Es ist wichtig, dass der Fokus interkommunaler Zusammenarbeit auf die Innenentwicklung und auf ein gemeinsames und abgestimm-

3. Kommunale Infrastruktur nachhaltig entwickeln

4. Personalwirtschaft der Städte zukunftsorientiert sichern

5. Kompetenz der Städte beim Aufbau demokratischer und dezentraler Strukturen in der Welt nutzen.

DK

tes Flächenmanagement gelegt wird. Für die Umsetzung der ILE kommen alle Förderinstrumente koordiniert zum Einsatz.

Einig waren sich die Fachleute über die zunehmend wichtige Rolle, die der Bedeutung des Sozialkapitals als relevanter Er-

folgsmotor in der Gemeinentwicklung zufällt: Es gilt das vorhandene Potential der Bürger vor Ort verstärkt zu nutzen. Außerdem werden soziale und energiepolitische Themen die Entwicklungsprozesse in ländlichen Regionen noch stärker prägen. □



Der neue Präsident des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, mit seiner Vorgängerin Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt.

Baustellen im...

(Fortsetzung von Seite 1)

eine Popularklage zum bayerischen Verfassungsgerichtshof erhoben. Vordergründig gehe es zwar nicht um die Ausgleichswirkung - die der Bayerische Verfassungsgerichtshof 2007, als sie sogar noch etwas höher war als heute, bereits geprüft und für nicht verfassungswidrig befunden hat, - sondern um das Verfahren zum prozeduralen Rechtsschutz. Wie Fahrschon erklärte, gehe es den Klägern jedoch „um die hohe Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs auf der Kreisebene“.

Politische Lösung

Bei einem vor kurzem stattgefundenen Gespräch mit den Landräten der meisten klagenden Landkreise sei man übereingekommen, „dass es vorzugsweise ist, die Problematik politisch zu lösen“. Die Kläger haben Fahrschon zufolge inzwischen das Ruhe der Popularklage beantragt. Im Gegenzug hat der Minister eine staatlich-kommunale Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit Vorschlägen des Landkreistags zur Senkung der Ausgleichswirkung auf der Kreisebene befasst.

In diesem Zusammenhang stellte Fahrschon klar, dass die Einsetzung der Arbeitsgruppe und das Ziel, die Ausgleichswirkung des Finanzausgleichs auf der Kreisebene zu senken, keine „Kampfansage“ an die strukturschwächeren Landkreise im Norden bedeuten: „Es ist unser aller Interesse, dass diejenigen Kommunen, in deren Hoheitsgebiet eine hohe Wirtschaftsleistung erzielt wird, noch spürbare Anreize haben, diese Einnahmequellen zu pflegen. Über die daraus resultierenden Steuereinnahmen und den dadurch finanzierten kommunalen Finanzausgleich kommt dies dem ganzen Land zugute. Bei der Verteilung der allgemeinen Mittel darf dieser Anreiz deshalb nicht erstickt werden. Auch für einen armen Landkreis darf es nicht so sein, dass es ihm egal sein kann, ob es ihm gelingt, seine Umlagegrundlagen zu steigern oder nicht.“

Höhere Kosten

Auf der anderen Seite müssten den strukturschwächeren Kommunen geholfen werden, damit gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land geschaffen werden. Dies müsse jedoch kein Widerspruch sein. Die Anrechnung demografiebedingter höherer Lasten im Rahmen der Schlüsselzuweisungen, wie sie etwa durch den Demografiefak-

tor geschieht, habe keine Auswirkung auf die Grenzbetrachtung, ob sich eine Verbesserung der Umlagegrundlagen noch lohnt oder nicht. Auch seien gezielte Investitionshilfen mit dem Erhalt eines allgemeinen Anreizsystems durchaus vereinbar.

Mit Blick auf die zweite Baustelle – Stichwort Demografie – meinte Bayerns Finanzminister: „Auch wenn im Freistaat Bayern insgesamt in den nächsten 20 Jahren aufgrund Zuzugs nicht mit sinkenden Bevölkerungszahlen zu rechnen ist, und daher die Demografieproblematik in Bayern insgesamt kein so brennendes Problem wie in vielen anderen Ländern darstellt, so haben wir doch - vor allem in Nordost-Bayern - in einigen Landkreisen mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang zu kämpfen.“ Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, sei unter Federführung von Ministerpräsident Horst Seehofer ein Kabinettsausschuss eingerichtet worden, in dem Lösungsansätze untersucht werden sollen, die über Dasjenige hinausgehen, was bereits in den einzelnen Ressorts erarbeitet wurde. „Ich werde in Bälde auf die kommunalen Spitzenverbände zukommen und entsprechenden Vorschläge mit ihnen erörtern“, machte Fahrschon deutlich. Ziel sei es, Mittel und Wege zu finden, die Abwanderung aus den betroffenen Regionen und die damit einhergehende Überalterung der Bevölkerung aufzuhalten. Auch in diesen Gebieten solle weiterhin eine annähernd gleiche Lebensqualität erhalten bleiben.

Wirtschaftliches Gesamtkonzept

Ganz im Vordergrund steht laut Fahrschon die Aufgabe, im Rahmen eines wirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die betroffenen Gebiete zu versuchen, geeignete Arbeitsplätze anzubieten. Schließlich beruhe die Abwanderung vor allem auf einem Mangel an Arbeitsplätzen. Hierfür seien gute Ideen wichtig und auch ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen in den betroffenen Gebieten. Wichtig sei zudem, dass die betroffenen Gebiete in der Lage bleiben, „eine ausreichende Infrastruktur vorzuhalten“.

Der kommunale Finanzausgleich könne hier nur flankierend tätig werden, „indem er demografiebezogene besondere Lasten der Kommunen abpuffert und die betroffenen Kommunen in ihrer Investitionsfähigkeit unterstützt“, bemerkte der Minister. Der kommunale Fi-

nanzausgleich verfüge bereits heute über verschiedene Instrumente, die speziell strukturschwache Kommunen unterstützen, wie etwa den Demografiefaktor bei Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen, den Strukturschwächeansatz und die Sonderschlüsselzuweisungen im Rahmen der Gemeindegeldzuweisungen.

Verteilungsgerechtigkeit

In einer ausführlichen Diskussionsrunde wies der stellvertretende KPV-Landesvorsitzende, Bürgermeister Heinrich Lenz (Hinterschmiding) beim Thema Verteilungsgerechtigkeit darauf hin, dass nicht nur die kleinen und strukturschwachen Gemeinden zunehmend beklagen, den kommunalen Aufgabenkatalog nicht mehr eigenverantwortlich erfüllen zu können, weil hierzu die Leistungsfähigkeit bzw. finanzielle Mindestausstattung fehlt. Diese sollte nach Lenz' Auffassung so bemessen sein, dass die Kommunen neben den Pflichtaufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises auch noch freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen können.

Bürgermeister Josef Lamperstorfer aus der Marktgemeinde Wegscheid im Landkreis Passau monierte seinerseits, dass die Straßenunterhaltungspauschale in Höhe von 1200 Euro je Kilometer bei weitem nicht die Kosten deckt, die für den ordnungsgemäßen Unterhalt der Gemeindestraßen entstünden. Aus diesem Grunde müssten aus dem regulären Haushalt noch gewaltige Mittel für den Unterhalt investiert werden. Gemeinden im ländlichen Raum seien durch ihre vielen Kilometer an Gemeindestraßen sowie ihre geringe Einwohnerzahl und damit auch durch ihre geringe Steuerkraft erheblich benachteiligt.

Staffelung

Wegscheid beispielsweise habe 141 Kilometer anerkannte Gemeindestraßen (bei den Nachbargemeinden sieht es genauso aus), während die Durchschnittsgemeinde lediglich 40 Kilometer Gemeindestraßen zu unterhalten hat. Aus diesen Gründen sollte auch bei den Gemeindestraßen eine Staffelung der Unterhaltungspauschale wie bei den Kreisstraßen erfolgen (je mehr Kilometer und weniger Einwohner, desto größer der Unterhaltszuschuss). Dieser Vorschlag sei dem Finanzminister bereits Ende des vergangenen Jahres unterbreitet worden. **DK**

Google Streetview bekommt Erlaubnis

Das amerikanische Unternehmen Google hat Anfang dieses Jahres angekündigt, die Befahrungen deutscher Straßen mit seinen mit Kameras ausgestatteten Spezial-Fahrzeugen im Frühjahr wieder aufnehmen zu wollen.

Nach dem von Google veröffentlichten Befahrungsplan sind auch Befahrungen in Bayern und auch im Gebiet des Landkreises Miltenberg vorgesehen. Das Bayerische Landesamt für Datenschutz und Sicherheit hat nach einer Untersuchung eines Fahrzeuges durch den TÜV Süd mitgeteilt, dass gegen eine weitere Befahrung in Bayern keine Bedenken bestehen. □

Busse und Bahnen:

Lohnende Investitionen

Neue VDV-Publikation verdeutlicht die Notwendigkeit eines leistungsstarken ÖPNV-Systems

Dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stehen unsichere Zeiten bevor, denn im Rahmen der Föderalismusreform wurden wichtige Finanzierungsgrundlagen zeitlich befristet. Hinzu kommen die leeren Haushaltskassen und das anstehende Spar- und Schuldenabbauprogramm der Bundesregierung. In dem vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) vorgelegten Bericht „Investitionen, die sich lohnen“ wird detailliert aufgezeigt, warum ein leistungsstarkes und langfristig finanziertes ÖPNV-System erforderlich ist.

Fakt ist: Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur werden vor dem Hintergrund einer steigenden Fahrgastnachfrage in Ballungsräumen und dem demografischen Wandel zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bereits heute reichen die Finanzmittel dafür nicht aus. Allein für den Substanzerhalt der bestehenden Infrastruktur fehlen laut VDV jedes Jahr 330 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass das Bundesprogramm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Jahr 2019 endet. Bereits 2013 verlieren die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz ihre verkehrsbezogene Zweckbindung und müssen nicht mehr für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwendet werden.

„In den vergangenen Jahren haben die Verkehrsunternehmen ihre eigene Effizienz trotz gekürzter Mittel stark verbessert“, heißt es im Bericht. Jedoch könnten sie den Ausbau und Erhalt ihrer Angebote nicht vollständig alleine finanzieren. Bereits heute seien vielerorts Fahrzeuge, Bahnhöfe und Betriebstechnik veraltet. Bundesweit fehlten mittlerweile 2,35 Milliarden Euro für Modernisierungen. Dies liege auch daran, „dass bis heute nicht geklärt ist, wie der Substanzerhalt finanziert werden soll“.

Münchner U-Bahnnetz

Beispiel Münchner U-Bahn-Gleise: Dank staatlicher Investi-

tionsförderung hat München seit Jahrzehnten ein leistungsfähiges und hoch beanspruchtes U-Bahnnetz. Doch nun werden im steigenden Umfang einst geförderte Gleisanlagen erneuerungsbedürftig. Würde die Erneuerung hinausgezögert, wären nach Darstellung des VDV ein immer schneller fortschreitender Verschleiß, eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit sowie ein Mehraufwand im Betrieb wie auch in der Instandsetzung die Folge. Dem sich abzeichnenden Investitionsstau müsse daher mit einer verlässlichen Finanzierung begegnet werden.

Verbesserung der Angebote

Für die Verkehrsunternehmen im ÖPNV geht es stets um eine Verbesserung der Angebote und der Mobilität der Menschen. Bayernweit beispielgebend ist hier ein gemeinsames Projekt der Städte Augsburg und Gersthofen sowie des Einrichtungshauses IKEA. Seit Juni 2007 bieten sie einen Shuttle-Bus an, der im 20-Minuten-Takt zwischen Augsburg Nord und dem schwedischen Möbelhaus in der Nachbarstadt Gersthofen pendelt.

Der von der Gersthofen Verkehrsgesellschaft mbH (GVG) eingesetzte Kleinbus ermöglicht aufgrund seines Niederflursystems auch gehbehinderten Fahrgästen ein sicheres und leichtes Ein- und Aussteigen. Der Bus hat Anschluss zu weiterführenden Straßenbahnlinien der Augsburger Verkehrsgesellschaft (AVG) und zu diversen Regionalbuslinien. Wie der VDV betont, „ist dies ein erster Schritt zu verbesserten Anbindungen an das Umland, die mit weiteren Investitionen ausgebaut und ergänzt werden können“.

Projekt ITCS

Ein weiteres innovatives Projekt des ÖPNV ist das ITCS, eine neue Technologie für mehr Kundenservice. Bis Ende 2010 werden die zu DB Stadtverkehr in Bayern gehörenden Busgesellschaften Omnibusverkehr Franken, Regionalbus Ostbayern, Regionalverkehr Oberbayern und Regionalverkehr Allgäu mehr als 3000 Fahrzeuge mit einem einheitlichen flächendeckenden Intermodal Transport Control System (ITCS) ausstatten.

Das ITCS ist ein integriertes System für Fahrgastinformation, Disposition, Steuerung, Vertrieb und Statistik. Es ermöglicht die Gestaltung hochflexibler Mobilitätsangebote für die Bedienung in der Fläche als Antwort auf die demografische Entwicklung. Die vernetzte Kommunikation sowie ein zentraler Server für Bayern sind Basis für flexible bedarfsorientierte Bedienungsformen und die Anschlusssicherung von Bus zu Bus und Bahn zu Bus.

Vollautomatischer U-Bahn-Betrieb

Bereits Maßstäbe gesetzt hat die Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg (VAG) mit ihrer vollautomatischen U-Bahn. Die Aktivitäten in diesem Bereich werden weltweit mit großem Interesse verfolgt. Im Juni 2008 nahm die VAG die neue U-Bahn-Linie in Betrieb. Die erste automatische U-Bahn-Linie Deutschlands bedient insgesamt einen Streckenabschnitt mit neun Bahnhöfen. Seit Beginn 2010 verkehrt eine weitere U-Bahn-Linie im vollautomatischen Betrieb.

Aufsehen erregt dieses bisher

wichtigste und größte Investitionsvorhaben der VAG aus mehreren Gründen: Die Umstellung auf vollautomatischen Betrieb erfolgte „unter rollendem Rad“, das heißt ohne Betriebsunterbrechung auf der bestehenden U-Bahn-Linie U2. Während der Umrüstung führte die VAG den Betrieb auf der Stammstrecke im sog. Mischbetrieb. Die VAG schickte abwechselnd automatische Züge der Linie U3, die ohne Fahrer unterwegs waren, und die zunächst noch konventionell betriebenen Bahnen der Linie U2 auf die gemeinsame Stammstrecke im Innenstadtbereich.

Aktiver Klimaschutz

Fazit: „ÖPNV bedeutet aktiver Klimaschutz. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die staatliche Förderung des ÖPNV hat nichts mit Subventionen zu tun, da allen Fördermitteln sichtbare Gegenleistungen gegenüberstehen.“ Der VDV fordert einen eigenen Fördertatbestand für Erneuerungsinvestitionen im Rahmen des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Rationalisierungsgewinne und zusätzliche Fahrgelderträge müssten in den Unternehmen zur Stärkung der Eigenfinanzierung verbleiben.

Moderne Fahrzeuge

Zu einem attraktiven ÖPNV gehören auch moderne Fahrzeuge. Deshalb muss nach Ansicht des VDV die Fahrzeugförderung wieder das Niveau von 2003 erreichen. Mittelfristig sollten sich alle Akteure auf ein stabiles und am tatsächlichen Bedarf orientiertes Finanzierungssystem für den ÖPNV einigen. Die Finanzierung des SPNV-Betriebs habe hier Vorbildcharakter. **DK**

Damit können Sie rechnen ...

Wie günstig wohne ich tatsächlich „im Grünen“? Rentiert es sich, aufgrund der günstigeren Miet- und Immobilienpreise in das Umland Münchens zu ziehen oder trüben die Kosten der eigenen Mobilität die Bilanz? Diesen Fragen hilft der Wohn- und Mobilitätsrechner des MVV seit dem 4. Mai auf die Spur zu kommen. Der WoMo-Rechner ist nunmehr für alle erreichbar.

Dabei bezieht das neue Angebot nicht nur rein monetäre Größen in die Berechnung ein, sondern auch die Auswirkungen der eigenen Mobilitätsbedürfnisse für die Umwelt oder die Zeit, die für die Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsplatz „auf der Strecke“ bleibt.

Sinnvolle Unterstützung

Damit bietet der Rechner eine ideale Entscheidungsunterstützung für alle, die mit dem Gedanken spielen, „aufs Land“ zu ziehen. Denn die oft aus dem Bauch heraus fallende Entscheidung für den neuen Wohnort wird hier mit Fakten untermauert. Bezieht man jedoch den eventuellen Bedarf eines (zusätzlichen) Fahrzeugs oder die zusätzlich für die Anfahrt zum Arbeitsplatz benötigte Zeit in die Berechnung mit ein, wird das vermeintliche Schnäppchen unter Umständen schnell zur teuren Alternative.

Fünf Schritte

In nur fünf Schritten macht der Wohn- und Mobilitätsrechner den Vergleich unterschiedlicher Wohnorte einfach und unterstützt damit die Entscheidung über einen möglichen Wohnortwechsel. Ergänzt werden die Informationen durch

die Darstellung eines „ökologischen Fußabdrucks“, der die mit der Wohnortwahl einhergehende Kohlendioxid-Belastung beziffert. Damit ist das Angebot nicht nur für kluge Rechner eine saubere Sache.

Erste Tests haben folgende Rechenergebnisse beim addieren der Wohn- und Mobilitätskosten gezeigt:

- Die Ergebnisse hängen maßgeblich von der benötigten Wohngröße ab. Insbesondere wer auf großen Wohnraum angewiesen ist, kann durch einen Umzug nennenswerte Einsparungen erzielen.
- Wirklich sparen kann man nur, wenn der Weg zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz sich nicht maßgeblich verlängert. Bewirkt ein Umzug jedoch für zwei oder mehr Haushaltsmitglieder längere Wege, wird die Einsparung bei der Miete oftmals bereits kompensiert.
- Allzu weit sollte der Umzug jedoch nicht erfolgen, da dann die Mieten nicht mehr wesentlich abnehmen, die Mobilitätskosten aber weiter ansteigen. Da kann dann das Wohnen im Umland wieder teurer werden wie in der Landeshauptstadt München.
- In jedem Fall gilt: Wer sich für ein Verkehrsmittel im MVV entscheidet, fährt in jedem Fall günstiger. Wer ins Grüne zieht, dann aber auf ein Auto angewiesen ist, zahlt unterm Strich mehr. **□**



Fahrrlehrerin Stefanie Kamenar mit Hans-Jürgen Siegel, Mitarbeiter im Kunden- und Systemservice KUSS der automatischen U-Bahn, im Fahrerstand des neuen DT3-F.

Bild: VAG - Peter Roggenthin

VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg:

Neue U-Bahnen vom Typ DT3-F

Im Laufe des Jahres ist es soweit: Dann können die Fahrgäste auch in der neuesten U-Bahn-Generation der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg vom Typ DT3-F Platz nehmen. Diese U-Bahnen sind eine Weiterentwicklung des DT3 (Doppeltriebwagen der dritten Generation), haben als besonderes Kennzeichen einen Fahrerstand – daher das „F“ in der Kurzbezeichnung – und können sowohl im automatischen Betrieb auf der U2 und U3 als auch auf der konventionellen U-Bahn-Linie U1, dann selbstverständlich mit Fahrer, eingesetzt werden.

Insgesamt wird die VAG in diesem Jahr 14 neue U-Bahn-Fahrzeuge in Betrieb nehmen. Das erste davon wurde am 20. August vergangenen Jahres geliefert. Inzwischen stehen acht in der U-Bahn-Wagenwerkstatt in Nürnberg-Langwasser und voraussichtlich Ende Juni wird auch das 14. Fahrzeug vom Hersteller Siemens per Bahn von Wien nach Nürnberg geliefert werden.

Investitionen in Höhe von rund 85 Mio. Euro

Neun der neuen Doppeltriebwagen werden Fahrzeuge der ersten Wagen generation (DT1) aus den Jahren 1974 bis 1979 ersetzen, die dann außer Betrieb genommen werden. Fünf Fahrzeuge werden für den automatischen Betrieb auf der U3, die ab 11. Dezember 2011 um zwei neue Bahnhöfe erweitert wird, gebraucht. In die neuen Fahrzeuge investiert die VAG rund 85 Millionen Euro. Davon werden rund 21,3 Millionen Euro vom Freistaat Bayern aus Mitteln für ÖPNV-Vorhaben nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bezuschusst.

Mit dem DT3-F verfügt die VAG ab Sommer über eine große Anzahl an baugleichen Fahrzeugen (32 DT3 und 14 DT3-F). Das ist mit Blick auf Instand- und Lagerhaltung sehr wirtschaftlich und erleichtert den Mitarbeitern die Arbeit. Positiv ist zudem zu bewerten, dass die Fahrzeuge sowohl im automatischen als auch im konventionellen Betrieb eingesetzt werden können. Das erhöht die Flexibilität bei der Wagens disposition.

Unterschiede

Spätestens beim und nach dem Einsteigen wird klar, worin sich die neuen U-Bahnen des Typs DT3-F von den automatischen DT3-Fahrzeugen unterscheiden. An den beiden Fahrzeugenden sind Fahrerkabinen eingebaut, die die Aussicht auf die Strecke verstellen. Neu sind auch die Monitore für die Fahrgastinformation, die über den gesamten Zug verteilt eingebaut sind. Pro Doppeltriebwagen sind es vier Bildschirm-einheiten, über die die Fahrgäste beispielsweise Informationen zum Linienverlauf erhalten. **□**

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es nicht nur dabei hilft, Geld zu sparen. Sondern auch Energie.

Sparkassen fördern den Klimaschutz in allen Regionen Deutschlands. Mit Angeboten zur Energieberatung, zu nachhaltigen Geldanlagen und fairer Finanzierung für umweltbewusstes Modernisieren und Bauen unterstützen wir unsere Kunden bei ihrem ganz persönlichen Beitrag zum Klimaschutz. Das ist gut für die Umwelt und gut für Deutschland. www.gut-fuer-deutschland.de

Sparkassen. Gut für Deutschland.

Initiative „Magistrale für Europa“:

Signale auf grün stellen

Hauptversammlung in Mühldorf a. Inn und Burghausen

„Grenzen überwinden, Wirtschaft fördern“ lautete das Thema der Hauptversammlung der Initiative „Magistrale für Europa“, die heuer in Mühldorf a. Inn und Burghausen stattfand. Die Initiative, die sich seit über 20 Jahren für den Ausbau der Eisenbahnachse „Paris-Bratislava/Budapest“ als umweltfreundliche Hochleistungsverbindung für Personen- und Güterverkehr einsetzt, hatte bei ihrer diesjährigen Tagung besonders den Abschnitt München-Mühldorf-Salzburg im Blick. Zudem informierten sich die über 180 Teilnehmer bei der Wacker Chemie AG und der OMV Deutschland GmbH über die Anbindung des Bayerischen Chemiedreiecks an das Eisenbahnfernnetz.

Mit dem Thema „Personenverkehr - Anforderungen der Wirtschaftsregion Inn-Salzach“ befasste sich der Sprecher der Initiative Airport-Bahn, Mühldorfs Landrat Georg Huber. Seinen Ausführungen zufolge kämpfen die fünf Landkreise Mühldorf, Altötting, Ebersberg, Erding und Rottal-Inn zusammen mit der Flughafen München GmbH für eine „sehr notwendige Bahnanbindung Südostbayerns an die Metropole München und den Münchner Flughafen“.

DB-Themenpapier

In einem bahneigenen Themenpapier der Deutschen Bahn wird laut Huber „bis 2025 im Personenverkehr in unserer Region mit einem 26-prozentigen Zuwachs auf der Schiene gerechnet“. Die Zuwachsrate für den Güterverkehr falle im gleichen Zeitraum mit 65 % Zuwachs sogar noch dramatischer aus. Hinzu komme der immer stärker boomende Flughafen München, der als Jobmotor in Richtung Südostoberbayern die Schienenanbindung aus dem Osten vom Flughafen in den Airport hinein dringend nötige.

Internationaler Kontext

Neben regional bedeutsamen Aspekten, die für einen zügigen Ausbau der Bahnstrecke München-Mühldorf-Freilassing „ohne Wenn und Aber“ sprechen, dürfe auch der internationale Kontext nicht aus den Augen verloren werden, stellte Huber fest. Als Teil der Europäischen Magistrale Paris-München-Wien-Bratislava/Budapest sei der Streckenabschnitt essentieller Bestandteil einer intensiven Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften.

„Während in den Nachbarstaaten der Ausbau der europäi-

schen Hochgeschwindigkeitsstrassen zügig vorangeht, herrscht auf den süddeutschen Magistrale-Abschnitten weiterhin zu viel Stillstand“, lautete das Fazit des Vorsitzenden der Initiative „Magistrale für Europa“, Karlsruhes Oberbürgermeister Heinz Fenrich. Der Vorsitzende forderte deshalb: „Der erhebliche Investitionsstau für Schienenprojekte in Deutschland muss durch ein angemessenes Verkehrsbudget aufgelöst werden. Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass unsere Pro-Kopf-Investitionen in Schieneninfrastrukturprojekte erheblich unter denen der Nachbarländer liegen.“

Kein Selbstzweck

Prof. Péter Balázs, EU-Koordinator für die Magistrale in Brüssel, ging davon aus, dass die gesamte Achse bis 2020 „weitgehend fertig gestellt“ werden kann. Ende 2010 waren bereits 43 Prozent der Hochgeschwindigkeitsstrecke in Betrieb, weitere 43 Prozent (560 Kilometer) waren im Bau. Gerade in Südostbayern aber „gehe zu wenig voran“, räumte Balázs ein und unterstrich: „Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Europa ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.“

Mehr Zug gefordert

Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil forderte seinerseits „mehr Zug beim Ausbau der Schienenstrecke von München ins bayerische Chemiedreieck und nach Freilassing“. Die Politik stehe bei den Menschen und Unternehmen in der Region schon zu lange im Wort. Jetzt müssten weitere konkrete Fortschritte beim Ausbau und der Elektrifi-

zierung folgen, hob Zeil hervor.

Investitionsstau abbauen

Stark machte sich der Minister darüber hinaus für einen generellen Abbau des Investitionsstaus beim Schienenausbau. „Dazu gehört nicht nur, dass der Bund die Mittelausstattung für die Schieneninfrastrukturpakete wieder mindestens auf das Niveau der Konjunkturpakete anhebt. Dazu gehört auch, dass man bei der Projektfinanzierung offen ist für neue Wege wie zum Beispiel Public-Private-Partnership-Konzessionsmodelle. Es sind noch nicht alle Alternativen ausgereizt, um mehr Signale auf grün stellen zu können.“

Bringschuld

MdB Stephan Mayer, der Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer vertrat, machte deutlich, dass man in Deutschland den Nachbarländern gegenüber „in der Bringschuld steht“. Die Magistrale sei eine „Lebensader“, deren Ausbau „deutlich Fahrt aufnehmen“ müsse.

Grenzüberschreitender Konsens

Als „alternativlos“ bewertete OB Fenrich abschließend den Ausbau der transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Personen- und Güterverkehr. Die Hauptversammlung habe erneut bewiesen, wie stark der regionale, grenzüberschreitende Konsens in dieser Frage ist. „Wir werden keine Ruhe geben, bis die gesamte Magistrale Wirklichkeit geworden ist“, betonte Fenrich. **DK**

VDV-Landesgruppe Bayern:

Wege zum Erfolg

Frühjahrstagung der bayerischen ÖPNV-Branche in Erding

Die Landesgruppe Bayern des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) traf sich jüngst zu ihrer Frühjahrstagung in Erding. Gastgeber war der Münchner Verkehrsverbund MVV. Erörtert wurden aktuelle Themen der ÖPNV-Branche wie die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung, die Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens sowie aktuelle Fragen des Schienen-Güterverkehrs SGV und des Ausbaus der Infrastruktur.

Der Öffentliche Personennahverkehr befindet sich im Umbruch, wie Bernd-Reinhard Hetzenecker, Vorsitzender der VDV-Landesgruppe Bayern, darstellte. Die Europäische Kommission habe 2009 einen Ordnungsrahmen vorgegeben, der zum Ziel habe, „eine gewisse Liberalisierung sowie Wettbewerb im Nahverkehr zu erreichen“.

Personenbeförderungsgesetz

Was den nationalen Rechtsrahmen anbelangt, nannte Hetzenecker das Personenbeförderungsgesetz, das angepasst werden müsse. Eine noch heute geltende gesetzliche Regelung aus den 1930er Jahren verhindert nämlich, dass in Deutschland parallel zu Strecken, auf denen Eisenbahnverkehr angeboten wird, Linienbusse fahren. Nicht nur das Bahnangebot wird damit vor parallelem Busverkehr geschützt, auch ein schon bestehendes Busangebot kann durch diese Regelung vor Konkurrenz durch ein anderes Busunternehmen sicher sein. Mittlerweile liegt nach Angaben des VDV-Landesvorsitzenden ein zweiter Novellierungsvorschlag vor, der eine angeregte Diskussion in Gang gesetzt habe.

Drei Bereiche

Künftig sind nach Einschätzung des VDV bei der Verkehrserbringung in Deutschland grundsätzlich wohl folgende drei Bereiche zu unterscheiden: Bereich der kommerziellen Verkehre, Bereich der direkt vergebenen Verkehre und Bereich der nach Ausschreibungen vergebenen Verkehre.

Alternde Infrastruktur

Mit Blick auf die Infrastruktur stellte Hetzenecker fest, dass diese deutlich in die Jahre komme. Generell sei die Finanzierung des ÖPNV in den vergangenen Jahren mit deutlichen Einsparungen einhergegangen. Als Beispiele nannte der Vorsitzende niedrigere Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr und die Busförderung.

Stärkere Positionierung gegenüber dem Bund

Beim Schienen-Güterverkehr wiederum waren nach Angaben von Udo Schambeck, stellvertretender Vorsitzender der VDV-Landesgruppe Bayern, 2008 und 2009 deutliche Einbrüche zu verzeichnen. Erst 2010 sei der SGV „wieder auf einen starken Wachstumspfad zurückgekehrt“. Es gelte, erweiterte Kapazitäten zu schaffen. Investitionen seien unabdingbar notwendig. Benötigt werde eine integrierte Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, gerade was den Eisenbahnverkehr betrifft, betonte Schambeck. Auch sei es ratsam, sich stärker gegenüber dem Bund zu positionieren und selbst Aktivitäten zu entwickeln.

Erfolgsgeschichte ausbauen

MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag plädierte seinerseits dafür, unter Wahrung mittelständischer Strukturen die Er-

folge des MVV-Regionalbusverkehrs auch künftig zu sichern und auszubauen. Der MVV-Regionalbusverkehr ist die dritte tragende Säule im MVV-Verkehrssystem auf der Unternehmensebene - neben dem Stadtverkehr in der Landeshauptstadt München mit U-Bahnen, Tram und Stadtbussen und dem S-Bahnverkehr, der Stadt und Region verbindet.

Bürger nehmen Angebote an

Seit 1996 ist Freitag zufolge das Angebot an Buskilometern pro Jahr von rund 17 Mio. auf über 26 Mio. gesteigert worden. Gleichzeitig konnten die Fahrgastzahlen von 29,44 Mio. auf über 48 Mio. gesteigert werden. Das ist ein Anstieg von über 63 Prozent. „Diese eindrucksvolle Zahl zeigt, dass die Bürger im Umland die Angebotsverbesserungen und die Qualitätssprünge bei den Fahrzeugen annehmen.“

Betriebskostenzuschüsse

Erfreulich sei, dass bei steigendem Angebot und höherer Qualität die Betriebskostenzuschüsse der Landkreise pro Fahrgast deutlich gesenkt werden konnten. Dies war nach Überzeugung des Geschäftsführers „auch unbedingt notwendig, um in Zeiten knapper Kassen den Verkehr weiter finanzierbar zu halten“.

Direktvergaben und Ausschreibungen

Im Regionalbusverkehr des MVV werden laut Freitag seit 1996 Direktvergaben und Ausschreibungen nebeneinander praktiziert, wobei die einzelnen Aufgabenträger unterschiedliche Schwerpunkte setzen. In bestimmten Konstellationen seien auch Direktvergaben vorgesehen oder es greife der Vorrang kommerzieller Verkehre.

Nebenbedingungen

„Aus Sicht der Verbundgesellschaft ist es für die Aufgabenträger deshalb auch künftig vorteilhaft, wenn sie nicht einseitig auf eine bestimmte Vorgehensweise festgelegt werden, sondern Alternativen bei der Vergabe von Verkehren haben“, erläuterte Freitag. Allerdings gälten im MVV immer folgende Nebenbedingungen:

- Für die Kunden dürfen keine Nachteile entstehen.
- Für die Qualität der Angebote müssen Mindeststandards gelten.
- Die Vergaben müssen rechtsicher erfolgen.
- Die Vergaben müssen transparent und diskriminierungsfrei erfolgen.
- Für die Steuerzahler darf kein wirtschaftlicher Nachteil entstehen.
- Die verkehrspolitischen Ausgestaltungsrechte der Aufgabenträger müssen hinreichend gewährleistet sein.
- Es soll kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen. **DK**

Innenminister Joachim Herrmann:

Verkehrsüberwachung dient Verkehrssicherheit

2010 bekamen fast 850.000 Autofahrer Bußgeldbescheide aus Viechtach -

Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt hat im Jahr 2010 über zweieinhalb Millionen Verfahren wegen Verkehrsverstößen in Bayern bearbeitet. „Die polizeiliche Verkehrsüberwachung dient der Verkehrssicherheit. Wer sich trotz der umfangreichen Präventionsmaßnahmen unserer bayerischen Polizei nicht an die Verkehrsregeln hält, muss dies durch einen Griff in den Geldbeutel oder andere einschneidende Maßnahmen spüren“, führte Innenminister Joachim Herrmann zur bevorstehenden Veröffentlichung der Jahresstatistik 2010 des Bayerischen Polizeiverwaltungsamtes aus.

Wichtige Geschwindigkeitsüberwachung

Im vergangenen Jahr mussten wieder knapp 70.000 Fahrverbote verhängt werden. Insgesamt erteilte das Polizeiverwaltungsamt über zwei Millionen Verwarnungen und erließ 847.102 Bußgeldbescheide. Vorwiegend Park- und Geschwindigkeitsverstöße, aber auch Abstandsverletzungen und Rotlichtverstöße wurden geahndet. Gerade die Geschwindigkeitsüberwachung ist sehr wichtig, da überhöhte und nicht angepasste Geschwindigkeit nach wie vor eine der Hauptunfallursachen darstellt. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern 252 Verkehrsteilnehmer wegen überhöhter Geschwindigkeit getötet.

Aufgabenspektrum

Neben der Ahndung und Verfolgung von Verkehrsverstößen gehören auch die Ermittlungen bei Verstößen im Gefahrgutbereich, die Mitfahndung nach gestohlenen Fahrzeugen sowie speziell die Ahndung bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten bei Lkw zum Aufgabenspektrum des Polizeiverwaltungsamtes. □

TV BAYERN
LIVE

Bondi Beach, Sidney?

Eisbach, München!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Schadstoffe und Altlasten sicher beherrschen:

Messe und Kongress DCONex bieten Lösungen

Augsburger Fachmesse ermöglicht umfassenden Wissenstransfer
Begleitender Kongress mit 30 Referenten

Augsburg – Die DCONex, Fachmesse und Kongress für Schadstoff Management, geht nach der erfolgreichen Premiere im Jahr 2009 am 19. und 20. Mai 2011 erneut im Augsburger Messezentrum an den Start. Fachlicher Träger ist der Gesamtverband Schadstoffsanierung GbR.

Messe und Kongress richten den Fokus auf das verantwortungsbewusste Erkennen, Bewerten, Sanieren und Entsorgen von Schadstoffen in Bauten, Böden sowie der gesamten Umwelt. Arbeitsschutz und Prävention sind weitere wichtige Aspekte.

Bei der zweiten Durchführung wird die fachliche Kompetenz von Messe und Kongress durch die Beteiligung der wichtigsten Branchenverbände und ein deutlich erweitertes Kongressprogramm ausgebaut.

Themen der DCONex sind hochaktuell

Einerseits steigt mit zunehmendem ökologischem Bewusstsein in der Gesellschaft die Nachfrage nach schadstofffreien Wohn-, Arbeits- und öffentlichen Räumen und entsprechenden Zertifizierungen. Andererseits wird uns mit aktuellen Medienberichten wie zum PCB-Umweltkandal in der Dortmunder Entsorgungsfirma ENVIO in erschreckender Weise vor Augen geführt, dass sich trotz eines engmaschigen Gesetzes- und Regelwerkes auch in Deutschland menschenverachtende Zustände etablieren können, wenn Verantwortliche versagen.

Erschreckend sind diese Fälle vor allem deshalb, weil unser unmittelbares Lebensumfeld und unsere Lebensgrundlagen bei fahrlässigem Umgang mit Schadstoffen betroffen sind. Über die Anreicherung und den Schadstofftransfer im System Boden- Pflanze-Grundwasser und im weiteren über die gesamte Nahrungskette werden krebserregende und erbgutverändernde Stoffe letztendlich im Menschen eingelagert.

Große Gefahren

Auch von längst verbotenen Stoffen gehen noch immer große Gefahren aus. So sind 2009 allein in Deutschland erneut über 1.000 Menschen berufsbedingt an Asbest gestorben, wie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin im Februar 2011 veröffentlichte. „Insbesondere vor sämtlichen Renovierungs-, Umbau-, Abrissarbeiten in Bestandsimmobilien sind deshalb Untersuchungen auf Gebäudeschadstoffe wie Asbest, PCB usw. zwingend notwendig und gesetzliche Pflicht, um die Gefährdungen beherrschen zu können. Daran führt kein Weg vorbei“, betont Elisabeth Gulich, Geschäftsführerin des Gesamtverbandes Schadstoffsanierung.

Kommunale Abfallwirtschaft wird ausgebremst

VKU zum Kabinettsbeschluss Kreislaufwirtschaftsgesetz

Berlin. Der von der Bundesregierung beschlossene Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes trifft auf deutliche Ablehnung bei der kommunalen Abfallwirtschaft. „Anders als vom Bundesumweltministerium bisher behauptet, stellt er keinen ausgewogenen Ausgleich zwischen den Interessen der kommunalen und der privaten Entsorgungswirtschaft her“, sieht Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), die vorgelegten Regelungen kritisch. „Die Überlassungspflicht für Abfälle aus Haushalten wird eingeschränkt und zugunsten der gewerblichen Sammlung durch private Entsorgungsunternehmen deutlich aufgeweicht.“

Nach VKU-Ansicht rückt der Gesetzentwurf ohne Not von den engen Voraussetzungen ab, unter denen eine gewerbliche Sammlung dort zugelassen wird, wo grundsätzlich eine Überlassungspflicht von Abfällen gegenüber der Kommune besteht. In seinem 2009er-Urteil hatte das Bundesverwaltungsgericht diese definiert und wollte damit für mehr Rechts- und Investitionssicherheit bei den Entsorgungsbetrieben sorgen. Auch aus europarechtlichen Gründen seien Änderungen an den Voraussetzungen für die gewerbliche Sammlung nicht zwingend erforderlich, so Reck. „Ähnlich wie das Bundesverwaltungsgericht haben anerkannte Rechtsexperten wie Professor Hans-Joachim Koch von der Universität Hamburg festgestellt, dass die eingegengten Voraussetzungen weitestgehend europarechtskonform sind.“

Einheitliche Wertstofftonne

Auch der durch den Gesetzesentwurf ermöglichten Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne unter privater Trägerschaft steht die kommunale Abfallwirtschaft skeptisch gegenüber. Reck: „Auch in Zukunft muss die Entscheidungshoheit über die Wertstofftonne bei den Kommunen liegen. Die Wertstoffeffassung aus Haushalten gehört in die Hand der öffentlich-rechtlichen und nicht in die Trägerschaft privater Entsorger.“ Nur so sei eine zuverlässige und flächendeckende Wertstoffeffassung für die angestrebten Recyclingziele möglich.

Der Bürger muss profitieren

„Die Erlöse, die durch die Vermarktung der Wertstoffeffassung aus dem Abfall erzielt werden, müssen aber dem Bürger zugute kommen, da sie zur Kostendeckung beitragen und damit die Gebührenkalkulation stabilisieren. Sollte der jetzt vorliegende Entwurf Gesetz werden, werden die Bürger zukünftig für die Privatisierung der Wertstoffwirtschaft durch höhere Gebühren zur Kasse gebeten.“ □

Viele Zielgruppen

Messe und Kongress sind die ideale Plattform, um Fachleute und Unternehmen aus den verschiedensten Bereichen des Schadstoffmanagements mit Auftraggebern zusammen zu bringen.

Die Besucher-Zielgruppen sind Vertreter von Kommunen und Behörden, Bau- und Umweltämtern, Eigentümer und Verwalter von Immobilien und Liegenschaften, Bauträger und Bauunternehmer, Facility Manager, Architekten, Planer, Baukoordinatoren, Energieberater, private Bauherren, Lehrkräfte und Studenten. Sie können sich hier das erforderliche Fachwissen aneignen und weiterentwickeln sowie wertvolle Kontakte knüpfen.

Kongressprogramm wird deutlich ausgebaut

Der zweitägige Kongress ist wesentlicher Bestandteil der DCONex. 30 renommierte Referenten beleuchten in neun Vortragblöcken praxisnah ein breites Themenspektrum. Die Blöcke „Schadstoffe in alten und neuen Gebäuden“ beinhalten u. a. Beiträge zu Asbest-Liegenschaften, künstlichen Mineralfasern, PAK und schadstoffarmen Bauprodukten. Der Schimmelpilzsanierung gehört ein eigenständiger Block.

Fachübergreifende Themenpalette

Das fachübergreifende Zusammenspiel aller Beteiligten nimmt im gesamten Programm breiten Raum ein – beginnend mit Qualitätskriterien bei der Auftragsvergabe über vertragsrechtliche Konsequenzen bei Vergabefehlern sowie Haftungsrisiken bis hin zur besonderen Verantwortung des Bauherrn und der Zusammenarbeit im Rahmen von europäischen Projekten.

„Altlastenmanagement und Flächenrevitalisierung“

In den Blöcken „Altlastenmanagement und Flächenrevitalisierung“ sowie „Abbruch und Rückbau“ wird unter anderem auf die Vorerkundung eingegangen; es werden Beispiele erfolgreicher Revitalisierungen kontaminierter Flächen und Industriebrachen sowie Möglichkeiten zur Finanzierung von ÖPP-Projekten vorgestellt.

Kompetente Moderatoren führen durch das Programm

Darüber hinaus legen Referenten dar, wie selbst bei sensiblen Bauprozessen die Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit positiv gestaltet werden kann – mit Blick auf Stuttgart 21 ein sehr aktuelles und kostenrelevantes Thema. Kompetente Moderatoren führen durch das Programm, darunter Volker Angres, Leiter der ZDF-Umwelt-Redaktion und Moderator der Sendung „ZDF-Umwelt“.

Ganz bewusst setzen die Veranstalter auf eine sehr günstige Teilnahmegebühr. Die zwei Tageskarten für Kongress und Messe kosten z. B. nur 95 Euro.

Rund 70 Aussteller zeigen großes Branchenspektrum

Aussteller der Messe sind Verbände, Institute und Hoch-

schulen, Ingenieurbüros, Labore, Sanierungs- und Abbruchunternehmen, Hersteller und Lieferanten von Ausrüstungen und Werkzeugen.

Maik Heißen, Projektleiter der veranstaltenden AFAG Messen und Ausstellungen, zeigt sich mit dem bisherigen Vermietungsstand zufrieden und rechnet mit rund 70 Ausstellern, darunter die führenden Unternehmen der Branche.

Fachlicher Träger und Kompetenzpartner der DCONex 2011

Neben dem Gesamtverband Schadstoffsanierung GbR als fachlichem Träger unterstützen folgende Fachverbände aus diversen Branchen sowie nationale und internationale Organisationen die DCONex und sind in Messe und Kongress präsent:

- Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute e.V. (AGÖF)
- Bayerisches Landesamt für Umwelt
- Berufsverband Deutscher Bauingenieure e.V. (VDB)
- BG BAU Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
- BVLEG Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V.
- Deutscher Abbruchverband e.V. (DA)
- Ingenieurtechnischer Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e.V. (ITVA)
- KUMAS - Kompetenzzentrum Umwelt e.V.
- Schweizerischer Verband für Umwelttechnik (SVUT)
- VDI - Verein Deutscher Ingenieure e.V.
- Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter e.V. (VD-GAB).

„Wir freuen uns, dass Vorbe-



Im Vortragsblock „Schadstoffe in alten und neuen Gebäuden“ werden unter anderem Asbest-Liegestäube thematisiert. □

reitung und Durchführung der DCONex von dem wachsenden Netzwerk unserer Kompetenzpartner mitgetragen werden. Das fachliche Spektrum und die europäische Ausrichtung konnten dadurch deutlich erhöht werden“, so Elisabeth Gulich.

Umfangreiche Sammlung

In der Messehalle wird sich auch die European Federation of Building and Woodworkers

(EFBW) präsentieren, die ihr Europäisches Aktionsprogramm Asbest „EUROPA 2023 – Asbestfrei“ vorstellt. Im Foyer der DCONex ist eine eindrucksvolle und umfangreiche Sammlung schadstoffbelasteter Materialien zu besichtigen – Fundstücke aus den Bereichen Hochbau und technische Gebäudeausrüstung, die die Gefährdungsrisiken anschaulich sichtbar werden lassen.

Weitere Informationen unter: www.dconex.de □

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Nicoletta Bauer
Zentrales und
Strategisches Marketing
der AKDB

eAkten: Weniger Papier – mehr Möglichkeiten!

Dokumente bestimmen sehr viele Verwaltungsabläufe in Kommunen. Die dabei anfallende Papierflut wird laufend bearbeitet, abgelegt, aussortiert und weitergeleitet – Briefe, Berichte, Mails, Bescheide, Daten usw. Nutzen Sie die Vorteile der elektronischen Aktenführung: Sparen Sie sich das aufwendige Suchen benötigter Akten, legen Sie Dokumente revisionssicher ab und machen Sie Ihre Sachbearbeitung so noch effizienter. Alle eAkten sind mit den Fachverfahren der AKDB eng verzahnt.

Die Wirtschaftlichkeit von elektronischen Akten mit einem Dokumentenmanagementsystem ist bewiesen: Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts sind bei Raumbedarf und Sachkosten Einsparungen von bis zu 80 % möglich.

Informieren Sie sich unter
www.akdb.de

EGOV

Software, die dem Menschen dient!

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Deponien und Dienstleistungen

Abfall wird langsam aber sicher zum „begehrten Gut“. Deutlich wurde dies einmal mehr bei den 12. Bayerischen Abfall- und Deponietagen in Augsburg. Veranstaltet wurde der Kongress vom Kompetenzzentrum Kumas gemeinsam mit den Partnern AU Consult GmbH, bifa Umweltinstitut GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt.

Neue Entwicklungen in der Abfallwirtschaft, die Vergabe kommunaler Dienstleistungen, Grundwasserschutz und Abfallwirtschaft sowie Nachsorge und Sanierung von Deponien bildeten die thematischen Schwerpunkte. Begleitet wurden die Bayerischen Abfall- und Deponietage von einer Leistungsschau im Foyer des LFU, auf der branchenspezifische Unternehmen ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen einem interessierten Fachpublikum präsentierten.

Entsorgungssicherheit durch kommunale Träger

In ihrer Eröffnungsrede hob Umweltstaatssekretärin Melanie Huml hervor: „Kommunale Entsorgungsträger gewährleisten Entsorgungssicherheit auf hohem ökologischem Niveau zu bezahlbaren Preisen. Die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushalten muss deshalb in der Verantwortung der kommunalen Entsorgungsträger bleiben. Der Bund sieht das zwar genauso, schafft aber einen Rechtsrahmen für gewerbliche Sammlungen von Wertungsabfällen aus privaten Haushalten. Dies ist im Grundsatz sachgerecht. Die Durchführung gewerblicher Sammlungen wird allerdings noch einmal erleichtert. Hier müssen wir unsere Kommunen stärker in Schutz nehmen. Gesetzliche Regelungen sollen sicherstellen, dass die Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger durch die privaten Sammlungen nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere dürfen die Investitionen der Kommunen nicht wertlos werden!“

Position zur derzeit viel diskutierten Wertstofftonne bezog VBS-Präsident Otto Heinz. Mit Nachdruck trat er für einen fairen Wettbewerb bei Sammlung und Sortierung der künftigen Wertstofftonne ein. „Es kann dem Bürger nur schwer vermittelt werden, dass er den Joghurtbecher in die Gelbe Tonne werfen kann, den Blumentopf aus Kunststoff jedoch nicht“, betonte der Präsident. Dieses Dilemma entfalle bei der Wertstofftonne, wenn nicht mehr nach Verwendungszweck (Verkaufsverpackung oder nicht), sondern nach Verwertbarkeit unterschieden werde. Die Wertstofftonne könne somit einen entscheidenden Beitrag leisten, die Mülltrennung für den Bürger zu vereinfachen. Außerdem sei eine Wertstofftonne als Holsystem deutlich bürgerfreundlicher als ein Bringsystem (z. B. Wertstoffhof).

Ungenutzte Rohstoffquelle

Die bisherigen Pilotprojekte und mehrere Studien gingen davon aus, dass mit der Einführung einer Wertstofftonne zusätzlich rund sieben Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr erfasst und dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden. Vor dem Hintergrund eines weltweit steigenden Rohstoffbedarfs und zur Neige gehender Rohstoffreserven sollte ein rohstoffarmes Land dieses Potential in Zukunft unbedingt nutzen, bemerkte Heinz. So schlummere eine regelrechte Rohstoffquelle bislang weitgehend ungenutzt in heimischen Schubladen: Alt-Handys. Deren Potential sei bemerkenswert: In einer Tonne Golderz stecken nur ca. 5 Gramm Gold, hingegen enthält eine Tonne Alt-Handys ca. 250 Gramm Gold.

Mit den Erwartungen und Forderungen der entsorgungspflichtigen Körperschaften an das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz befasste sich Helmut Schmidt vom Abfallwirtschaftsbetrieb München, VKS im VKU - Landesgruppe Bayern. In Bayern werden Schmidt zufolge bereits alle Abfälle stofflich oder energetisch verwertet. Zusätzliche Potenziale könnten noch erschlossen werden, wenn die Abschöpfung von Papier und Bioabfällen weiter verstärkt wird. Dabei sei allerdings bei Bioabfällen darauf zu achten, dass nur sortenreine Abfälle erfasst werden und es den Kommunen überlassen bleibt, in welchen Gebieten diese Abfälle separat gesammelt werden.

Bioabfälle

Bei Bioabfällen sei zudem darauf hinzuwirken, dass sie sowohl energetisch als auch stofflich genutzt werden. Die Rohstoffknappheit in der Bundesrepublik Deutschland erfordere entsprechende Strategien bei der Entsorgung von Elektroaltgeräten, Altautos und Bauabfällen. In gewissem Umfang könnten darüber hinaus durch Aufbereitung der Nichteisenmetalle nach der Verbrennung noch zusätzliche Rohstoffpotenziale erschlossen werden.

Eine ökoefiziente Abfallwirtschaft könne bei Siedlungsabfällen nur mit den Bürgern und den Kommunen erreicht werden, machte Schmidt deutlich. Die Analyse der Wertstoffpotenziale im Restmüll von bayerischen Abfällen habe gezeigt, dass die Wertstofftonne nicht die Rohstoffprobleme der Zukunft lösen kann. Im Gegenteil: Die Verwertungsquoten, die in Bayern mit der sortenreinen Erfassung der Wertstoffe über die Wertstoffhöfe erreicht werden, zeigten ganz klar: „Bayern braucht keine Wertstofftonne!“

Spannende Entwicklung

Für Karl Drexler (Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg), der sich mit der Deponiesituation in Bayern beschäftigte, steht fest: „Deponien werden als Endglied der Abfallwirtschaft auch weiterhin benötigt. Von der Definition her sind es Endlager. Ob die Rohstoffsituation zu einem großflächigen urban mining führen wird, ist derzeit unwahrscheinlich. Bei speziellen Mono-deponien erfolgt aber bereits ein Rückbau.“ Auch vor rechtlichen Änderungen sei man in Zukunft nicht geschützt, da im Umfeld derzeit neue Verordnungsentwürfe vorliegen, die sich auch auf die Deponieverordnung und somit auf Deponien auswirken könnten. Die Entwicklung bleibe spannend.

„Solarpark Fürth - Der Wandel einer Deponie vom Müllberg zum Energieberg“ lautete das Thema des Vortrags von Johann Gerdenitsch, Amt für Umweltplanung, Abfallwirtschaft und städtische Forste, Stadt Fürth. Auf der ehemaligen Deponie Atzenhof wurde im Februar 2004 die Photovoltaikanlage Atzenhof mit einer Leistungskapazität von 1,08 MW in Betrieb genommen. Wesentliche Innovationsgehalte dieses Großprojekts im Bereich erneuerbarer Energien sind nach Gerdenitschs Darstellung u. a. die Nutzung zweier, unterschiedlicher regenerativer Energieträger - Deponiegas und Sonnenstrahlung - auf einer sanierten

Deponie, zudem die besonderen geotechnischen und gründungstechnischen Anforderungen an den Bau der PV-Anlage am Steilhang einer Mülldeponie sowie das Finanzierungsmodell in Kooperation von Stadt und Bürgern.

Solarpark Fürth

Die kombinierte Finanzierung über öffentliches und privates Kapital mit kalkulierten Renditen von ca. 6 Prozent sei ein wichtiger Anreiz für alternative Kapital-Anlageformen in nachhaltige Klimaschutzprojekte. Darüber hinaus habe das Projekt beispielhafte Wirkung für andere Deponiestandorte im Bundesgebiet. Anfragen wie zur technischen Machbarkeit, zur Finanzierung oder zu Verfahrensfragen erreichten die Stadt noch aus unterschiedlichen Regionen des Bundesgebietes. Die weithin sichtbare Großanlage habe einen deutlichen Entwicklungsschub für die Solarbranche in Fürth nach sich gezogen. Insgesamt sei dort bis Ende 2010 eine Gesamtleistungskapazität von 12,2 MW errichtet worden. „Insofern trägt das Projekt Atzenhof nicht unwesentlich dazu bei, Fürths Ruf als Solarstadt zu stärken“, meinte Gerdenitsch.

Sowohl der Unterstützungsfonds zur Erkundung und Sanierung ehemaliger gemeindeeigener Hausmülldeponien als auch

das Finanzierungsmodell für die Untersuchung und Sanierung von Altlasten industriell-gewerblichen Ursprungs gelten nach wie vor als beispielhafte Kooperationen, deren Bestand und finanzielle Ausstattung auch für die Zukunft sicherzustellen sei, erklärte Dr. Thilo Hauck von der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB), München.

Hausmülldeponien

Der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung für die Änderung des Art. 13a BayBodSchG liege vor und werde derzeit im Bayerischen Landtag behandelt. Neu im Gesetzestext wurde Hauck zufolge die Definition gemeindeeigener Hausmülldeponien gefasst. Die Formulierung „überwiegend Abfälle aus privaten Haushaltungen“ solle ersetzt werden durch eine Klarstellung, dass die „Deponie nicht ausschließlich für die Ablagerung mineralischer Abfälle genehmigt worden ist“.

Der neue Wortlaut werde von der GAB sehr positiv gesehen, da die Erfahrung der letzten fünf Jahre gezeigt habe, dass eine quantitative Beurteilung der eingelagerten Abfallarten wenig praktikabel sei. Hauck: „Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass alle Partner den erfolgreichen Weg des Bayerischen Kooperationsmodells zur Altlastensanierung trotz der angespannten Finanzsituation weiter gehen und mittel- und längerfristig die für die Altlastensanierung notwendigen Finanzmittel bereitstellen.“ **DK**

Verordnung zum Abfallende von Schrotten:

bvse sieht mehr Bürokratie und wenig Nutzen

Europäische Kommission hat Ende März mitgeteilt, dass die Verordnung zum Abfallende von Schrotten von allen Gremien nunmehr angenommen wurde und am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung, im europäischen Amtsblatt sechs Monate später (Anfang bis Mitte Oktober), in Kraft tritt.

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. ist davon überzeugt, dass Schrotte keine Abfälle sondern Sekundärrohstoffe sind, die von der Industrie in steigendem Maße benötigt und zunehmend Primärrohstoffe ersetzen werden. Allerdings kennt die EU-Rechtsprechung nur die Begriffe Abfall und Produkt, und weder die EU-Kommission noch das EU-Parlament wollten den Sekundärrohstoffen einen eigenen Rechtsstatus geben.

Klar ist, dass die Elektroöfen der Stahl- oder Gießereindustrie auf der Basis eines 100-prozentigen Schrotteinsatzes arbeiten und auch die integrierten Werke ohne einen gewissen Schrottanteil ihren Rohstahl nicht erzeugen können. Schrott ist in Europa der wichtigste Eisenträger, egal ob man ihn Abfall, Sekundärrohstoff oder Produkt nennt.

Daran, so der bvse, wird diese Verordnung nichts ändern und sie wird auch nichts an der Qualität der für die o.g. Anwendungen notwendigen Schrotte ändern, da dies aufgrund von Vereinbarungen zwischen Lieferant und Abnehmer längst umfassend geregelt ist.

Der bvse hat zwar in der Vergangenheit immer das Abfallende von Schrotten gefordert, jedoch nicht damit gerechnet, dass die Kommission für die Erarbeitung der Abfallendekriterien die europäische Schrottsortenliste nimmt und in einem Sinne interpretiert, wie es die Marktteilnehmer bisher nicht getan haben.

Leider hat die Kommission weder den Bedenken des bvse noch denen der Stahlindustrie ausreichend Beachtung geschenkt. Fakt ist, dass zusätzliche Belastungen mit einem fraglichen Nutzen auf die Branche zukommen.

So muss der Schrottaufbereiter

ein zusätzliches QM-System bezogen auf den Aufbereitungsprozess installieren, seinen Schrott aber genauso aufbereiten wie vorher, da die Vorgaben der Abnehmer da entscheidende Abnahmekriterium bleiben. Zudem muss der Schrottaufbereiter jede Sendung mit einer Konformitätserklärung versehen, mit der er bestätigt, dass er die in der Verordnung geforderten Kriterien eingehalten hat.

Ein weiteres wichtiges Kriterium und mit hoher Wahrscheinlichkeit das K.o.-Kriterium für die Altschrotte, womöglich aber auch für manche Neuschrotte, dürfte der Anteil an Fremdmaterialien sein, der nachweislich nicht über zwei Prozent liegen darf.

Ob es sinnvoll ist, das Abfallende vom Schmelzofen (Mayer-Perry-Urteil) auf die Übergabe auf dem Hof des Schrottaufbereiters vorzulegen ist fraglich, da bis zu dieser Übergabe alle abfallrechtlichen Regelungen in ihrer Gänze erhalten bleiben. Es erfolgt keine Entlastung des Aufbereiters sondern eine zusätzliche bürokratische Belastung.

Wer sich über den Wegfall des Anhangs VII aus der Abfallrahmenrichtlinie freut, wird sich nun mit dem Anhang III der Verordnung Nr. 512/11 auseinanderzusetzen haben. Nicht zu vergessen, ist die Tatsache, dass mit dem Produktstatus die REACH-Vorschriften greifen, auch wenn sich die Schrottwirtschaft hierzu auf Art. 2, 7d berufen kann.

Es gilt daher für jedes Unternehmen genau abzuwägen, ob die Anwendung dieser neuen Regelungen überhaupt notwendig sein wird. Einige Gießereien hatten im Vorfeld schon angekündigt, dass die ab Herbst von ihnen abgenommenen Schrotte verordnungskonform sein müssen. **□**

Der Kreislauf ist geschlossen

Kleine und mittelständische Unternehmen zeigen Flagge Glas-Mehrwegverpackungen für Umwelt und Klima

Kreislaufwirtschaft zum Anfassen: Anlässlich einer von der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) und der Stiftung Initiative Mehrweg (SIM) organisierten Pressereise erhielten Journalisten Einblicke in die Lebensphasen einer Mehrwegflasche und hinter die Kulissen unterschiedlicher Getränkehersteller. Egal ob Mineralwasser, Bier oder Milch abgefüllt wird – eines haben die besuchten Betriebe der Getränkewirtschaft gemeinsam: Alle setzen auf Mehrwegverpackungen aus Glas.

Für den Einsatz von Mehrweg-Getränkeverpackungen statt Ex und Hopp gibt es gute Gründe: Vor allem spart die häufige Wiederbefüllung von Mehrwegflaschen im Vergleich zu Einmal-Einweggetränkeverpackungen wertvolle Rohstoffe und Energie ein. Durchschnittlich werden Mineralwasser-Mehrwegflaschen aus Glas vor dem Recycling über 50 Mal gereinigt und wiederbefüllt. Rechnerisch ersetzen so die Glasflaschen in einem einzigen Getränkekasten Mineralwasser rund 320 Eineinhalb-Liter-Plastikflaschen von Discountern.

Paradebeispiel

Mehrwegflaschen sind ein Paradebeispiel dafür, wie Verpackungsabfälle vermieden und natürliche Ressourcen effizient genutzt werden können. „Im Gegensatz zu den Discountern und großen Abfüllern stehen bei vielen regionalen Getränkeherstellern Umweltschutz und Qualität im Vordergrund ihres Marketings. Unter diesen Vorgaben fällt die Verpackungswahl ganz natürlich auf die Mehrwegflasche“, erklärt DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Glasmehrwegflaschen bilden die Existenzgrundlage vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen deren Interesse es ist, den Verbrauchern gute Produkte zu liefern, ohne dabei die Umwelt unnötig zu belasten.

Kennzeichnung ermöglicht bewusste Kaufentscheidung

So füllt der Brunnthaler Mineralbrunnen in Burghaim seine Produkte ausschließlich in Mehrwegflaschen aus Glas ab und kennzeichnet alle Flaschen mit dem Mehrweg-Logo. Eine derartige Kennzeichnung ermöglicht Verbraucherinnen und Verbrauchern eine bewusste Kaufentscheidung – nämlich für Mehrwegprodukte, für die Umwelt und für regionale Arbeitsplätze. Acht Jahre nach der Pfand Einführung auf Einweggetränkeverpackungen glaubt die Hälfte der Verbraucher fälschlicherweise immer noch, dass be-

pfandete Getränkeverpackungen automatisch umweltfreundliche Mehrwegverpackungen seien, erklärten DUH und SIM und forderten eine verpflichtende Kennzeichnung für alle Einweg- und Mehrweggetränkeverpackungen. Auf Einweg und Mehrweg müsse auch in Schriftform Einweg und Mehrweg drauf stehen. Einheitliche Bildmarken für Einweg und Mehrweg und die zusätzliche Angabe der Pfandhöhe gehörten ebenfalls zu einer verbraucherfreundlichen Kennzeichnung von Getränkeverpackungen dazu.

Auch die Brauerei Landwehrbräu in Reichelshofen bei Rothenburg ob der Tauber füllt als moderne Brauerei ihr Bier ausschließlich in die umweltfreundlichen Glas-Mehrwegflaschen ab. Dass Mehrwegverpackungen nicht nur im Getränkesektor sinnvoll eingesetzt werden können, zeigte der Besuch der Demeter Molkerei Schrozberg, die sowohl für ihre Milch als auch für ihre Joghurtprodukte immer erfolgreicher Mehrwegflaschen und Mehrweggläser einsetzt.

Geburt der Mehrwegflaschen

Als Startpunkt der Mehrwegreise besichtigte die „Reisegruppe“ eine Glashütte mit vorgeschalteter Glasaufbereitungsanlage der Saint-Gobain Oberland AG in Neuburg. Dort konnte quasi die Geburt von Mehrwegflaschen vor ihrer langen Reise verfolgt werden. Sie erfolgt aus den Scherben von ihresgleichen.

„Glas kann als Verpackungsmaterial unendlich oft und ohne Qualitätsverluste recycelt werden. So werden Mehrwegflaschen nach der wiederholten Nutzung am Ende ihres Lebens als Rohstofflieferant genutzt. Der Materialkreislauf schließt sich. Die Vermeidung von Verpackungsabfällen und die Recyclingfähigkeit des eingesetzten Verpackungsmaterials kennzeichnen Mehrwegflaschen aus Glas als ein nachhaltiges Verpackungssystem“, erläuterte Clemens Stroetmann, Staatssekretär a. D. und SIM-Geschäftsführer. **□**

Kein Elektronikschrott in die Wertstofftonne

Bonn. In die Wertstofftonne gehört kein Elektronikschrott. Das machte der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. deutlich.

Der Entwurf eines neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sieht zwar die Einführung einer Wertstofftonne vor, nicht jedoch, dass damit Elektronikkleingeräte mit gesammelt werden. Im Gegenteil: In einem vom Umweltbundesamt beauftragten Gutachten kommen die Autoren zu dem Schluss, dass Elektronikkleingeräte nicht gemeinsam mit anderen Wertstoffen gesammelt werden sollten.

Auch der bvse lehnt eine Miterfassung von Elektronikkleingeräten in der Wertstofftonne aus „fachlichen Erwägungen“ ab.

Der Verband weist in diesem Zusammenhang auf das hohe Schadstoffpotenzial der Geräte hin: Zum einen finde bei einer Erfassung von Elektronikkleingeräten in einer Wertstofftonne eine Verschleppung von Schadstoffen

statt, da eine sichere Schadstoffentfrachtung nach der gemischten Erfassung nicht mehr möglich ist. Zum anderen stehe eine solche Lösung im Widerspruch zur umweltpolitischen Zielsetzung der WEEE, insbesondere die Wiederverwendung von Altgeräten sowie eine Steigerung der Materialeffizienz im Recycling zu fördern.

In den momentanen Beratungen zu einer Novelle der WEEE (E-Schrott Direktive) sieht der Entwurf des Europäischen Parlaments (bereits in erster Lesung durch das EU-Parlament verabschiedet) eine andere Lösung vor. Es ist nämlich vorgesehen, dass der Handel nicht mehr gebrauchsfähige Elektrokleingeräte zurücknehmen soll. Damit könnte entscheidend zur Steigerung der Erfassung von Kleingeräten beigetragen werden. **□**

Lokale Aktionsgruppe (LAG) Main4Eck:

Miltenbergs Landrat bleibt Vorsitzender

Mit jeweils einstimmigen Voten haben die Mitglieder der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Main4Eck in ihrer Jahresversammlung am Dienstagabend im Landratsamt Miltenberg den Vorstand im Amt bestätigt; lediglich eine Position wurde neu besetzt.

Vorsitzender bleibt Landrat Roland Schwing, sein Stellvertreter bleibt Bürgermeister Michael Berninger. Die weiteren Positionen wurden wie folgt besetzt: Kassier Klaus Jaxtheimer, Geschäftsführer Gerhard Rüth, Kassenprüfer Werner Schmitt und Gerwin Wolz sowie die Vorstandsmitglieder Monika Schuck, Peter Meisenzahl und Wilfried Stendel (neu für Emmi Fichtl, die nicht mehr kandidierte).

Entlasteter Vorstand

Vor der Neuwahl hatte Klaus Jaxtheimer den Kassenbericht vorgelegt. Nachdem die Kassenprüfer Werner Schmitt und Gerwin Wolz dem Kassier eine ordnungsgemäße Kassenführung bescheinigt hatten, wurde der komplette Vorstand einstimmig entlastet.

Fahrt aufgenommen

„Wir haben im vergangenen Jahr richtig Fahrt aufgenommen“, freute sich Landrat und LAG-Vorsitzender Roland Schwing und übergab das Wort an die LAG-Manager Sabine Müller und Dr. Jürgen Jung. Die beiden berichteten kurz vom Projekt „Ab

in die Mitte – Freundliche Bahnhöfe im Landkreis Miltenberg“, vom Vorkonzept „Kräfte sammeln im Ur-Laub – Barrierefreies Walderlebnis im Spessarttrüberland“, vom Streuobsterlebnispfad in Kleinwallstadt, vom Projekt „Buntsandstein – Erlebnis für alle Sinne“ in Laudenbach (Thema „Hören“) und Mömlingen („Walderlebnis Königswald“), dem „Aufbau und pilothaften Betrieb eines Burgen- und Schlössernetzwerks Main4Eck“ sowie dem Projekt „Lebensader Main“ mit dem ersten Teil „Nutzungs- und Entwicklungskonzept zur nachhaltigen touristischen Nutzung“.

Ausstellung und Exkursion

Jung und Müller blickten auch auf eine LAG-Ausstellung im Foyer des Landratsamts und eine Exkursion in die Energieregion Amberg-Sulzbach zurück, bei der man sich mit dem Thema „Holz als Energieträger“ beschäftigt hatte. Bis Ende 2010 habe man insgesamt 510.236 Euro Fördergelder gebunden, erklärte Jürgen Jung, davon seien bislang 48.324 Euro abgerechnet.

Auch im Jahr 2011 wird den LAG-Managern die Arbeit nicht ausgehen, wie man den Worten der Manager entnehmen kann-

te. So steht unter anderem das Projekt „Römer im Landkreis Miltenberg“ mit dem ersten Teilprojekt „Machbarkeitsstudie für die erlebnispädagogische Inwertsetzung des römischen Erbes“ an. Hier soll untersucht werden, ob der experimentelle Nachbau und Betrieb eines römischen Lastenschiffs realisiert werden kann. Dieses Projekt soll schon bald dem Steuerkreis der LAG vorgestellt werden. Im Jahr 2011 soll es auch

Wirtschafts- und Entwicklungsleitstelle Westallgäu

12 Bürgermeister für die WEST

Erfolgreiche Arbeit soll weitergeführt werden

12 von 13 Bürgermeistern im Westallgäu sind sich einig – die erfolgreiche Arbeit der WEST soll weitergeführt werden. Die Wirtschafts- und Entwicklungsleitstelle Westallgäu soll auch die nächsten drei Jahre die Region wirtschaftlich voran bringen. „Die Früchte der gemeinsamen Arbeit gilt es nun zu ernten“, so Bürgermeister Martin Schwarz, aktueller Vorsitzender der WEST.

Die Wirtschafts- und Entwicklungsleitstelle Westallgäu ist auf einen Projektzeitraum von drei Jahren angelegt. Zwölf Gemeinden im Westallgäu haben sich für das Fortbestehen der regionalen Wirtschaftsförderung ausgesprochen, während sich der Markt Heimenkirch nicht weiter beteiligen wird. In der Bürgermeisterrunde der 12 Westallgäuer Gemeinden inklusive der Markt-gemeinde Oberstaufen wurde über das Fortbestehen der WEST noch einmal diskutiert.

Ein wichtiger Aspekt war der finanzielle Aufwand, welcher von jeder Kommune getragen werden muss. Jede Gemeinde zahlt wie bisher ihren Anteil für die WEST, die Kosten erhöhen sich somit nicht, so Dr. Gerald Mathis, Geschäftsführer des ISK und Projektleiter der WEST. Er betont noch einmal den Vorbildcharakter der Region Westallgäu, der sich als homogener Wirtschaftsraum in der WEST manifestiert.

Die Beratungs- und Betreuungsleistungen für die bestehenden Betriebe, Neusiedler oder Existenzgründer werden nicht gekürzt oder verändert. Ebenso bleiben die Beratungsdienstleistungen für die Kommunen gleich. Die WEST wird sich zusätzlichen Aufgabenfeldern stellen: So gilt es, sich in Zukunft u. a. auch um eine entsprechende Lobbyarbeit im Bereich Verkehr sowie um das Thema „erneuerbare Energien“ zu kümmern.

Nochmalige Abstimmung

Der Markt Scheidegg sowie Weiler-Simmerberg werden noch einmal im Gemeinderat zur WEST abstimmen. Denn das sind die einzigen Gemeinden, die eine Vertragsverlängerung an die Beteiligung aller 13 Westallgäuer Kommunen geknüpft hatten. Wie es aussieht, wird die WEST auch in Zukunft als standortwirtschaftlicher Impulsgeber der Region Westallgäu auftreten und sich um die Belange der Wirtschaft sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Region kümmern.

Die Servicestelle unterstützt Wirtschaftstreibende konkret durch:

- Unterstützung bei der Suche nach Büroräumlichkeiten oder Gewerbeflächen
- Beratung in der Vorphase

weitergehen mit der Fortsetzung des überregionalen Kooperationsprojekts „Lebensader Main“, mit dem der Main für den Kanu-tourismus erschlossen werden soll.

Barrierefreies Walderlebnis

Vorangehen soll es nach dem Vorkonzept auch mit der konkreten Umsetzung des Projekts „Kräfte sammeln im Ur-Laub – Barrierefreies Walderlebnis im Spessarttrüberland“ in den Gemeinden Dammach, Mespelbrunn, Mönchberg und Rothenbuch. Auch das Buntsandsteinvorhaben soll mit Installationen in Erlenbach (Thema: „Schmecken“) und Stadtprozelten (Thema: „Tasten“) weitergehen. In Vorbereitung sind zudem die Pro-

jekte „Spiritueller Wandern vom Spessart in den Odenwald“, „Freizeitanlage Roßbach“ und „Einrichtung eines Lebensmittel-ladens in Rüdenau“. Beteiligen möchte man sich auch an den unterfränkischen Kooperationsprojekten „Fränkisches Landjuden-tum“ und „Netzwerk Forst und Holz“. Diese Projekte schmälern Vorsitzendem Roland Schwing zufolge das Leader-Budget nicht; am „Netzwerk Forst und Holz“ beteilige sich der Landkreis mit seinen Partnern Stadt und Landkreis Aschaffenburg über das Zentec in Großwallstadt.

Möglicher Nachschlag

Wolfgang Fuchs, unterfränkischer Leader-Manager, bescheinigte den Miltenberger Leader-Managern gute Arbeit und empfahl ihnen, die Projekte weiterhin zügig auf den Weg zu bringen. Er machte ihnen Hoffnung, dass es unter Umständen nicht bei der Leader-Förderhöchstsumme von einer Million Euro bis 2013 bleibt, sondern es sogar einen Nachschlag geben könnte. „Insgesamt ist die LAG schon ganz gut vorangekommen“, lobte Fuchs.

Mit dem ebenfalls in der Sitzung anwesenden Peter Kraus, dem Leiter der Abteilung Land- und Dorfentwicklung am Amt für Ländliche Entwicklung Würzburg, war sich Fuchs einig, dass die integrierte ländliche Entwicklung (ILEK) und die Leader-Projekte keine Konkurrenz sind, sondern eine Ergänzung. „Eine gemeinsame Abstimmung ist erwünscht“, machte Kraus deutlich.

Am Ende der Versammlung regte Klaus Jaxtheimer an, ob man nicht das Thema Windenergie in einem Projekt umsetzen könne. Vorsitzender Roland Schwing empfahl, zunächst die Ergebnisse des Energiekonzepts als Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplans abzuwarten.

Garmischer Mehrheitlich für Olympia

58,07 Prozent der Wahlberechtigten von Garmisch-Partenkirchen votierten am vergangenen Sonntag im Bürgerentscheid für die Olympia-Bewerbung ihrer Heimatgemeinde gemeinsam mit der bayerischen Landeshauptstadt. Der „Bürgerentscheid 2“ der Olympia-Gegner erhielt nur 49,41 Prozent der Stimmen und verpasste damit knapp eine Mehrheit. Die für eine Entscheidung ebenfalls gestellte Stichfrage musste deshalb nicht mehr herangezogen werden. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,64 Prozent.

Am 6. Juli wird das Internationale Olympische Komitee (IOC) in südafrikanischen Durban seine Entscheidung über den Austragungsort der Winterspiele 2018 bekannt geben. Neben München/Garmisch-Partenkirchen bewerben sich Pyeongchang (Südkorea) und das französische Annecy.

Weiterhin Handyparken

Gunzenhausen – Nach einem Jahr Probezeit hat die Stadt das Handyparken in der Innenstadt und am Altmühlsee verlängert. Eine Auswertung der Erlanger Firma „sunhill technologies“ hat ergeben, dass im Versuchsjahr durchschnittlich zwölf Mal am Tag mit dem System geparkt wurde. Das ist nicht eben viel, aber der Stadtrat sieht das bargeldlose Parken per SMS als ein Imagethema der Touristenstadt.

Die neuen Typen der iPhones machen das Handyparken noch bequemer, weil bestimmte Basisdaten nicht mehr einzeln eingegeben werden müssen. Das Navigationssystem übernimmt diese Arbeit.

wefa

Hopfenland Hallertau mit neuem Gesicht

Das Hopfenland Hallertau, mitten im Herzen Bayerns gelegen, vermarktet sich jetzt mit einem neuen Gesicht und einem neuen Image: Jung, frisch, dynamisch und informativ, dabei aber auch emotional, bodenständig und der Tradition verbunden lautet die Devise.

Als das größte zusammenhängende Hopfenanbaugebiet überhaupt genießt die Hallertau weltweite Bekanntheit, touristisch aber ist sie ein noch weitgehend unentdecktes „Entwicklungsland“. Das soll sich ändern, denn an Naturschönheiten, Sehenswürdigkeiten, Freizeitangeboten und Gastronomie für alle Ansprüche hat die auch als Holledau bekannte Gegend viel zu bieten.

Bessere Vermarktung

Um sich in Zukunft besser zu vermarkten und mehr Touristen anzulocken als dies bisher der Fall war, erfolgte im Juni 2010 eine Ausschreibung der Tourismus-ARGE Hopfenland Hallertau mit den Landkreisen Freising, Kelheim, Landshut und Pfaffenhofen für ein Gastgeberverzeichnis und einen Internetauftritt an verschiedene regionale Agenturen.

Werbung seit 18 Jahren

Wie Kelheims Landrat Dr. Hubert Faltermeier bei der Vorstellung der neuen Tourismus-broschüre für die Hallertau hervorhob, wirbt das Hopfenland Hallertauer nunmehr bereits seit 18 Jahren – und seit fast acht Jahren in unveränderter Form – mit einer einheitlichen und alle Siegelbezirke umfassenden Broschüre. Die Zeit sei demzufolge reif gewesen für das neue Gästefournal, das nicht nur auf Messen verteilt, sondern von vielen Gästen auch als Erstinformation für die Urlaubs- oder Ausflugsplanung angefordert werde.

Bei der neuen Ausgabe wurden nicht nur Layout und Farbgebung grundlegend verändert; es wurde auch stark auf die Wirkung von Bildern gesetzt, zudem wurden Überschriften emotional ansprechend gestaltet und Sehenswürdigkeiten und Ausflugsziele besser hervorgehoben. Bei der Darstellung der Gastgeber legte man ebenfalls gezielt auf die Herausstellung von Bildern und Zeichen Wert.

Inhalte

Inhaltlich ist die Broschüre nicht mehr nach Landkreisen aufgeteilt, sondern präsentiert das Hopfenland Hallertau alphabetisch nach Orten unterteilt. Neben 85 Ausflugszielen und vielen Freizeittipps enthält das Gästefournal jetzt auch Vorschläge für Tagestouren. Das Thema Radfahren wird extra behandelt und neben den wichtigsten Radkarten werden die schönsten Flussradtouren in der Hallertau kurz beschrieben.

Neu ist außerdem eine Seite mit Übernachtungsbetrieben ab 30 Betten, die speziell für Gruppenanfragen eingeführt wurden. Im Umschlag auf der Rückseite findet der Gast eine Übersichtskarte mit Planquadraten zur Orientierung.

Die Broschüre ist bei allen Tourist-Informationen im Hopfenland Hallertau, bei den Landkreisen Pfaffenhofen a. d. Ilm (Tel. 08441/27-258), Freising (Tel. 08161/600-728), Landshut (Tel. 0871/408-1840) sowie beim Tourismusverband im Landkreis Kelheim e. V. (Tel. 09441/207-330) kostenlos erhältlich. **DK**

LEW

Lechwerke



NATUR. BEWUSST. LEW.

„Als Betreiber von 35 Wasserkraftwerken der LEW-Gruppe ist es Aufgabe der Bayerischen Elektrizitätswerke, den Lebensraum Natur zu schützen. Beispielsweise durch die Entwicklung und Erforschung neuer Fischaufstiegshilfen.“

Dr. Gerhard Haimerl, Experte für Wasserbau-Technik bei den Bayerischen Elektrizitätswerken

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Euregio Egrensis-Jahrespressekonferenz:

Arbeitsfelder Sprache und Gesundheit

Auf Einladung der Euregio Egrensis Böhmen fand in Ostrov die diesjährige Jahrespressekonferenz der Euregio Egrensis statt. Neben einem Vortrag des Hauptgeschäftsführers der IHK Chemnitz, Hans-Jochim Wunderlich, der unter der Überschrift „Der europäische Binnenmarkt – eine Chance für die Euregio Egrensis“ über die seit 1. Mai geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit informierte, standen Beiträge des gemeinsamen Präsidenten der Euregio Egrensis, Landrat Frank Roßner (Saale-Orla-Kreis) sowie der Präsidenten der drei Arbeitsgemeinschaften der Euregio Egrensis Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer (Plauen) als Vertretung für Landrat Dr. Tassilo Lenk für den sächsisch-thüringischen Teil, Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder (Marktredwitz) für den bayerischen Teil und Bürgermeister František Curka (Halze) für den böhmischen Teil im Mittelpunkt der Tagung.

Die bayerische Arbeitsgemeinschaft stellte in Ihrem Bericht drei Arbeitsschwerpunkt aus dem vergangenen Jahr vor. In erster Linie wurde nach den Worten von Oberbürgermeisterin Birgit Seelbinder die Sprach-offensive fortgesetzt und um ein neues und spezielles Fachthema, die Sprachvermittlung im Feuerwehrwesen, erweitert. Sprachhürden sind in diesem Bereich eine besondere Herausforderung, da sie im Ernstfall mitunter dramatische Auswirkungen haben können. Aus diesem Grund wurde ein Fachwörterbuch in Deutsch und Tschechisch für das Feuerwehrwesen erarbeitet.

Schneller Überblick

Da dieses Wörterbuch neben Fachbegriffen auch wichtige Redewendungen sowie Bilder und Grafiken enthält, gewährt es einen schnellen Überblick und einen praxiserfahrenen Einsatz. Das „feuerrote Büchlein“ wurde im Juli 2010 vorgestellt und in den Euroregionen verteilt. Auf-

bauend auf den Erfolg entstand die Idee, einen praxisorientierten Sprachkurses für Feuerwehrleute anzubieten. Pilot-Sprachkurse finden derzeit auf Initiative der Euregio Egrensis in den Landkreisen Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth, Neustadt an der Waldnaab und Schwandorf bereits statt.

Erwartungen

Als weiteres neues Arbeitsfeld wurde der Schwerpunkt grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gesundheitssektor aufgegriffen, in dessen Rahmen ein „Gutachten zum Ausbau und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen mit den zwei Schwerpunkten Notfallrettung und stationäre Versorgung im bayerisch-böhmischen Grenzraum innerhalb der Euregio“ in Auftrag gegeben wurde. „Als Ergebnis dieses Projektes erhoffen wir uns konkrete Impulse und Empfehlungen zur Verbesserung in der medizinischen Versorgung der Grenzregion und der

hier lebenden Menschen“, so Seelbinder.

Interesse in der Region

An dieser Thematik bestehe in der Region größtes Interesse, weshalb sich die Stadt Cheb/Eger als offizieller Projektpartner sowie als weitere Partner die Kliniken Nordoberpfalz, das Klinikum Fichtelgebirge, der Landkreis Tirschenreuth und die Stadt Waldsassen für eine Zusammenarbeit mit der Euregio gefunden hätten.

Ein erster Teil zur Notfallrettung wird in einer gesonderten öffentlichen Veranstaltung in

nächster Zeit vorgestellt werden. Erste Ergebnisse zeigen Seelbinder zufolge, dass noch verschiedene zwischenstaatliche Abkommen notwendig sind, um die praktische Zusammenarbeit in der Notfallrettung im Grenzraum auch rechtlich auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Die praktische Notwendigkeit erfordere bereits jetzt vereinbart, dass Rettungsfahrzeuge über die Grenze fahren. Oft würden Patienten auch an der Grenze von einem tschechischen in ein deutsches Rettungsfahrzeug umgeladen, was angesichts des labilen Gesundheitszustandes der Patienten äußerst bedenklich sei.

Rechtssicherheit beim Rettungsdienst

Ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik im Bereich des Rettungsdienstes würde nach Seelbinders Auffas-

sung Rechtssicherheit schaffen - für Retter und Gerettete. „Erst wenn diese Rechtssicherheit besteht, können wir auch offensiv den Ausbau der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ausbauen und das Angebot und die Versorgung unserer Bevölkerung verbessern“, meinte die Oberbürgermeisterin.

EVTZ im Visier

Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer stellte für den sächsisch-thüringischen Teil die Weiterentwicklung der Euregio Egrensis zu einem „Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ) in Aussicht. Jedoch habe jedes EVTZ seine eigenen Inhalte und Strukturen, die es noch herauszubilden gilt. Ein Grundsatzbeschluss zur Bildung eines solchen EVTZ sei bereits durch das Präsidium gefasst worden. Zudem werde die bislang mit großem Erfolg organisierte Veranstaltung „Jugendsommerlager“

der Euregio Egrensis fortgeführt.

Der böhmische Teil der Arbeitsgemeinschaft präsentierte in seinem Bericht schließlich eine aktivere Arbeit seiner Mitglieder. Die Broschüre „Touristische Superlative“ mit 100 Sehenswürdigkeiten aus dem gesamten Gebiet der Euroregion wurde laut Bürgermeister František Curka mit Begeisterung von der Bevölkerung aufgenommen und ein Nachdruck werde gegenwärtig angestrebt. Weiterhin wurde die 2. Auflage der EuregioMobil-Karte vorbereitet und bereits an die Arbeitsgemeinschaften verteilt. Diese stößt wegen ihrer sehr guten Übersichtlichkeit und der zahlreichen nützlichen Hinweise bei Touristen, Gästen und Einheimischen auf große Nachfrage.

Preisverleihung

Ein weiterer Höhepunkt der AG-Arbeit war die Organisation und Durchführung der Euregio Egrensis-Preisverleihung auf Schloss Chyše. Die Auszeichnung erhielt die Deutsch-Tschechische Fußballschule für ihr beispielhaftes grenzüberschreitendes Engagement. Curka forderte schließlich die Weiterführung des Ziel 3-Programms, da es sich hier um ein „lebensfähiges System“ handle. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 01.01.2011
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Stadt Passau:

Ehrenring für Ex-OB Albert Zankl

In Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger wurde der ehemalige Passauer Oberbürgermeister Albert Zankl (im Bild links) zusammen mit den vier Stadträten Silke Werts, Rainer Holzmann, Manfred Sprinklee und Prof. Dr. Gerhard Waschler mit dem Ehrenring der Stadt Passau ausgezeichnet. Laut Satzung darf Träger des Ehrenrings sein, wer 15 Jahre als Stadtrat aktiv ist oder nach zwei Amtsperioden (z zwölf Jahre) ausscheidet.

Stadtentwicklung

In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur würdigte Passaus Stadtoberhaupt Jürgen Dupper (rechts) im Rahmen eines Festakts die zahlreichen Projekte der Stadtentwicklung, die in Zankls Amtszeit umgesetzt wurden - von den Projekten in Kohlbruck bis hin zur – nicht ganz unumstrittenen - Neuen Mitte.

Maßstäbe gesetzt

Mit dem Messepark Passau-Kohlbruck beispielsweise wurde am verkehrsgünstigsten Standort der Stadt ein Messepark-Areal geschaffen, das in Größe und Ausstattung Maßstäbe in Süddeutschland setzt. Auf 56.000 qm Fläche wurde umgesetzt, was heute technisch möglich und sinnvoll ist, um optimale Bedingungen für Aussteller und Veranstalter zu schaffen.

Sagen, was Sache ist

„Irgendwer muss auf die Bühne gehen und sagen, was zu tun ist. Das findet natürlich nicht immer Akzeptanz“, räumte Dupper in seiner Laudatio ein. Buhrufe trafen nur diejenigen, die das Parkett der Bequemlichkeit verlassen und auf das Podium steigen.

Albert Zankl trat 1993 in die CSU ein. Er war von 1996 bis November 2010 Mitglied des Stadtrates Passau und bekleidete von 2002 bis 2008 das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Passau. DK



erdgas schwaben in Augsburg-Göggingen:

Erweiterungsbau steht auf Energieknotenpunkt

Fünf Kilo wiegt das 75 Zentimeter lange Pflugmesser aus römischer Zeit, präsentiert von Dr. Sebastian Gairhos, Leiter der Stadtarchäologie Augsburg. Noch ist das Messer, eine sogenannte „Sech“ nicht gereinigt. Ebenso wie die anderen Fundstücke, beispielsweise Fragmente eines Mühlsteins, Bronzemünzen, Keramik, Tierknochen und Bronzebeschläge eines Ledergürtels, die insgesamt rund 25 Kisten füllen. Doch schon jetzt wissen die Augsburger Archäologen eine Menge über die Mühle und über den Hochleistungskanal, der auf einer Länge von rund 35 Kilometern vom 1. bis zum 4. Jahrhundert nach Christus täglich rund 86 Millionen Liter Wasser in die römische Ansiedlung Augusta Vindelicum transportierte.

Energiezentrale gestern und heute

Gefunden wurden die historischen Schätze bei Bauarbeiten für den neuen energieeffizienten Verwaltungstrakt am Hauptsitz von erdgasschwaben in Augsburg-Göggingen, Bayerstraße 43. Das Bauvorhaben wurde von Anfang an von den Archäologen begleitet, denn bereits seit über 80 Jahren gab es hier immer wieder Funde, die einen Kanal von Süden her kommend nach Augsburg belegten. erdgas schwaben ist auf den aktuellen Fund besonders stolz. „Dass wir auf der Energieleitung der Römer an der Zukunft der grünen Energieversorgung Schwabens bauen, wussten wir bisher nicht. Das hat großen Symbolcharakter für erdgasschwaben“, bestätigt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. Dieser rund 2.000 Jahre alte „Energieknotenpunkt“ bleibt in historischer Form erhalten: Janine Hendriks, Präparatorin Naturmuseum Augsburg, hat den historischen Kanal auf einer Länge von über drei Metern in Kunstharz abgezogen. Das Exponat wird einen besonderen Platz im Neubau von erdgasschwaben finden.

Augusta Vindelicum hat Durst

Die Daten der römischen Wasserleitung sind beeindruckend: Unter dem Gelände von erdgasschwaben versorgte der Kanal Augusta Vindelicum mit Brauchwasser. Gut 1.000 Liter pro Sekunde brachte die Leitung nach Augsburg, wo sie Energie lieferte für Handwerker wie Müller, Gerber und Maurer. Aber auch Wasser für Badeanstalten und für die Spülung der Latrinen des römischen Lagers. Der Neubau auf dem Gelände des Energieversorgers erdgas schwaben ermöglichte den Augsburger Archäologen einen genaueren Blick auf die römische Wasserleitung, deren Verlauf exakt dokumentiert wurde. „Die Tiefe der Bauarbeiten erlaubte

zum ersten Mal eine Untersuchung an der Sohle der Leitung“, berichtet Dr. Sebastian Gairhos. Entsprechende Münzfunde sowie Bodenablagerungen lassen vermuten, dass die Wasserleitung zwischen dem 1. und 4. Jahrhundert nach Christus rund 400 Jahre lang in mindestens elf Nutzungsphasen in Betrieb war. Die Wasserläufe waren teilweise mit hölzernen Einbauten kanalisiert.

Bayerischer Gemeindetag:

Schutzschirm kommunaler Finanzausgleich

Bezirksversammlung in Beilngries

„Mit dem aktuellen Doppelhaushalt 2011 / 2012 haben wir in Bayern schon einen Schutzschirm für unsere Kommunen, nämlich den kommunalen Finanzausgleich!“ entgegnete Finanzminister Georg Fahrenschon in Beilngries bei der Bezirksverbandsversammlung des Bayerischen Gemeindetags den Forderungen des Deutschen Städtetags nach einem kommunalen Rettungsschirm.

Hinsichtlich der Arbeit der Gemeindefinanzkommission forderten die Mitglieder einen Abschluss vor der Sommerpause 2011, der eine weitere Übernahme von Sozialausgaben der Kommunen durch den Bund und einen deutlichen Abbau von Standards umfassen solle.

Stabilität im Wandel

„Vor wenigen Wochen haben wir im Landtag den Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedet. Mit ihm stellen wir Stabilität im Wandel unter Beweis und setzen zur Mitte der Legislaturperiode Land auf und Land ab das Signal ‚Aufbruch Bayern‘. Unter großer Kraftanstrengung haben wir zum sechsten und siebten Mal in Folge einen Haushalt ohne einen einzigen Cent neuer Schulden erreicht. Diese Nachhaltigkeit geht nicht zu Lasten der Kommunen - im Gegenteil: weil in Bayern maßvolle Haushaltspolitik Tradition ist, können wir in die Zukunft investieren und den kommunalen

len Finanzausgleich vernünftig ausstatten!“ erklärte Georg Fahrenschon weiter.

Höhere FAG-Leistungen

Die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs steigen ausgehend von dem hohen Niveau des Jahres 2010 nochmals an. Die reinen Landesleistungen wachsen mit 1,1 Prozent um denselben Prozentsatz wie der Staatshaushalt. „Und trotz der schwierigen finanziellen Situation des Freistaats haben wir erneut strukturelle Verbesserungen beim allgemeinen Steuerverbund vorgenommen und den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 Prozentpunkte auf 12,2 Prozent angehoben - das ist kein Schnee von gestern, sondern eine dauerhaft wirkende strukturelle Verbesserung für die Kommunen!“ so der Finanzminister. „Der Finanzausgleich ist der beste Beweis, dass die Bayerische Staatsregierung ein verlässlicher Partner unserer Kommunen ist!“

Kreisjugendamt München:

Unterstützung, die ankommt

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, eröffnete jüngst gemeinsam mit Birgit Zeller, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter und Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendämtern die bundesweiten Aktionswochen „Das Jugendamt. Unterstützung, die ankommt“. Bis zum 8. Juni laden rund 350 Jugendämter in Deutschland Bürgerinnen und Bürger ein, sich über ihre Leistungen und Angebote zu informieren.

„Die Arbeit der Jugendämter ist unverzichtbar. Mit ihrem täglichen Einsatz tragen sie maßgeblich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei“, erklärte Bundesfamilienministerin Schröder. „Ob Kinder, Jugendliche oder Eltern – sie alle finden bei den Jugendämtern qualifizierte Leistungs- und Beratungsangebote. So tragen die Ämter entscheidend dazu bei, dass Eltern auch in schwierigen Phasen der Erziehung professionell begleitet werden.“

Information vor Ort

Auch das Kreisjugendamt München beteiligt sich an den Aktionswochen. Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis München sollen ein klareres Bild von der Arbeit im Jugendamt haben. Hierzu informiert das Kreisjugendamt München im Aktionszeitraum verstärkt Kinder, Jugendliche und Erwachsene über seine Leistungen und Aufgaben durch Berichterstattungen in der Presse, umfangreichen Informationsmaterialien, die sowohl im Landratsamt München als auch in den Gemeinden und Städten erhältlich sind oder auf zahlreichen Fachveranstaltungen freier Träger, die eng und partnerschaftlich mit dem Jugendamt zusammen arbeiten. „Wir verstehen uns als Dienstleistungsbehörde für Familien, Kinder und Jugendliche, deren Unterstützungsleistungen bei Bedarf nachgefragt werden können und die auch ankommen“, so Uwe Hacker, Leiter des Kreisjugendamtes München.

Ansprechpartner

Dass die Angebote der Jugendämter wenig bekannt sind, zeigt eine aktuelle repräsentative Forsa-Umfrage: So wissen 37 Pro-

zent der mehr als 1.000 Befragten (Erziehungsberechtigte mit minderjährigen Kindern) nicht, welche Leistungen die Jugendämter anbieten. Viele Bürgerinnen und Bürger verbinden mit dem Jugendamt vor allem das Thema Kinderschutz. Dass die Expertinnen und Experten aber für viele weitere Fragen rund um die Erziehung kompetente Ansprechpartner sind und Kindern, Jugendlichen und Familien in den verschiedenen Lebensphasen engagiert zur Seite stehen, darüber möchten die Jugendämter in den Aktionswochen aufklären.

Konkrete Unterstützung

„Mehr als 35.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich jeden Tag in den Jugendämtern engagiert für das Wohlergehen von Familien, Kindern und Jugendlichen ein. „Unsere Aktionswochen sollen zeigen, wie konkret und professionell wir Menschen unterstützen. Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich über die Arbeit der Jugendämter zu informieren und die zahlreichen An-

gebote zu nutzen“, so Birgit Zeller, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Professionell und engagiert

Von der Organisation einer qualitätsvollen Kinderbetreuung über die Erziehungsberatung, den Schutz des Kindeswohls bis zur Förderung von Jugendlichen: Die rund 600 Jugendämter in Deutschland sind in vielfältiger Weise für die Bildung, Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Eltern verantwortlich. Dabei setzen die Jugendämter auf vorbeugende, familienunterstützende Angebote, die dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen.

Die Aktionswochen werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter gemeinsam mit den Jugendämtern in den Städten und Landkreisen organisiert. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kampagne. Den Abschluss bildet ein Treffen am 8. Juni 2011 auf dem 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart. Hier werden die Erfahrungen der Aktionswochen ausgewertet und die nächsten Schritte erörtert.

Weitere Informationen: www.unterstuetzung-die-ankommt.de



Das Team des Kreisjugendamts München.

Bad Kissingen:

Größte Wandelhalle Europas erstrahlt zum 100. Geburtstag

„Die historische Wandelhalle in Bad Kissingen strahlt heute prächtiger denn je! Die Gebäudeanlage des großen Baumeisters Max Littmann zählt zu den bedeutendsten Denkmälern Bayerns. Sie hat auch nach 100 Jahren nichts von ihrem großen Glanz verloren“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer anlässlich des Festaktes „100 Jahre Wandelhalle im Staatsbad Bad Kissingen“ fest.

Mit ihrer Fläche von 3.240 Quadratmetern und der Länge von 90 Metern ist die Kissinger Wandelhalle bis heute die größte

Europas. Sie unterstreiche eindrucksvoll die Bedeutung des Staatsbades, hob Pschierer hervor. Mit ihrer Erhabenheit und

Größe fasziniere sie nach wie vor die Gäste aus aller Welt. Für die Generalsanierung habe der Freistaat als Eigentümer der Kuranlagen im Bayerischen Staatsbad Bad Kissingen bis zum Jahr 2005 rund 34,5 Millionen Euro aufgewendet. Zur Sicherung des Denkmals auch vor dem Hochwasser der ansonsten friedlichen Fränkischen Saale wurden im Jahr 2007 ferner Investitionen von 12,54 Millionen Euro getätigt, die nicht nur die Wandelhalle für die Zukunft schützen würden, sondern auch das Stadtbild Bad Kissingens nachhaltig aufgewertet und in neue Dimensionen überführt hätten, betonte Pschierer.

Modebad des europäischen Hochadels

Bad Kissingen habe sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Modebad des europäischen Hochadels entwickelt. Kaiser, Könige, Exzellenzen, Literaten und Künstler sorgten in der Folgezeit für ständig anwachsende Kurgastzahlen. Am 1. Mai 1911



Die historische Wandelhalle in Bad Kissingen ist mit einer Fläche von mehr als 3.000 Quadratmetern die größte Europas.

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Holla die Waldfee – jetzt muss aber alles schnell gehen. Vorgestern war Atomstrom noch o.k., gestern waren AKWs eine Brückentechnologie und heute müssen wir so schnell wie möglich aussteigen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, teilt die Verwirrung eines großen Teils der Bürgerinnen und Bürger im Lande darüber, wie es mit der Energiepolitik jetzt weitergeht.

Eines ist klar: Kernkraftgegner war der Bürgermeister nie. Warum auch? Über viele Jahrzehnte hinweg wurde an der friedlichen Nutzung der Atomkraft geforscht, die Technologien weiterentwickelt und die Sicherheit der Anlagen optimiert. Unzählige Anhörungsverfahren gingen dem Bau eines AKW voraus, bei den Genehmigungsbehörden stehen meterweise Regale voll Aktenordnern, in denen die Gutachten zur Anlagensicherheit samt den Berechnungen



ökologischer GAU auf jahrzehntelangen Raten ist, sollte allen klar sein. AKWs durch Kohlekraftwerke zu ersetzen, heißt den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, sich endgültig von den Klimazielen zu verabschieden und unseren Nachkommen die endlichen Ressourcen nach und nach aus egoistischen Motiven wegzuverfeuern.

Nein, wenn Ausstieg aus der Atomkraft, dann ein konsequenter Einstieg ins nachfossile Zeitalter. Und das bedeutet auch, die Energieerzeugung muss viel dezentraler organisiert werden, als es heute der Fall ist. Was gibt es alles für Pläne: Riesige Felder von Sonnenkollektoren in der nordafrikanischen Wüste – keine verlockende Aussicht, uns von den politischen Entwicklungen in den Maghreb-Staaten abhängig zu machen. Gigantische Windparks in Nord- und Ostsee – aber zwischen da und uns liegen 1.000 Kilometer Transportwege und an jedem dieser Kilometer lauert eine Bürgerinitiative, die gegen Strommasten oder Speichieranlagen im Namen des Umweltschutzes sowie der Nachhaltigkeit demonstriert. In Finnland und skandinavischen Staaten reagiert man auf Stromtrassen-Proteste mit der Aufstellung von Leitungsmasten mit Kunst-Appeal – mal als gigantische Vogelsilhouette, mal als Riesen-Wanderer getarnt. Ob der deutsche Gittermast auch mal gegen filigraneres Design ersetzt wird? Und vor allem: Was ist stärker, die Macht der Kunst oder die Elektrosmog-Hysterie unserer hypochondrischen Verschone-uns-vor-allein-Veränderungen-Gesellschaft?

Mein Chef, der Bürgermeister, hat da eine andere Vision: Für ihn sind die Städte und Gemeinden die Ölscheichs des 21. Jahrhunderts, die künftigen Träger der Energieversorgung. Er will eine Renaissance der Stadtwerke und kommunalen Versorger mit dezentralen Anlagen – sei es Biomasse, sei es Kraft-Wärme-Kopplung, Wind, Wasser oder Sonne. Um ihm Mut zu machen, hier ein Zitat von Michelangelo aus dem heutigen Kalenderblatt: „Die größte Gefahr für die meisten von uns ist nicht, dass wir hohe Ziele anstreben und sie verfehlen, sondern dass wir uns zu niedrige setzen und sie erreichen.“

ihre
Sabrina

Teufel und Beelzebub

zu allen möglichen Störfällen abgelegt wurden. Aber das gilt ja jetzt nicht mehr.

Jetzt sieht man das Heil in regenerativen Energien. Da wird man meinen Chef in vorderster Front der Verfechter eines solchen Energieumbaus sehen. Er hat die Stadtwerke schon lange auf Öko-Kurs geschickt, etwa mit der Optimierung der Strom- und Wärmeherzeugung bei der Müllverbrennung und Klärschlammverwertung, beim dezentralen Einsatz von Biomasse, beim Fernwärmeausbau, bei der Energieberatung der Haushalte und beim Einsatz von Photovoltaik an städtischen Gebäuden. Erwärmen kann sich der Bürgermeister für alle Arten alternativer Energiegewinnung, allerdings nur dann, wenn es sich tatsächlich um erneuerbare Energien handelt. Denn die Risiken der Kernkraft haben sich zwar bisher zweimal in schrecklichen Katastrophen gezeigt: Einmal in der früheren Sowjetunion, als ein Kraftwerk in der systembedingten Verachtung für Mensch und Natur wie eine Schokoladenfabrik geführt wurde und jüngst in Japan beim Zusammentreffen von Erdbeben, Tsunami und der bodenlosen Schlamperie sowie Unfähigkeit verantwortungsloser Konzernmanager.

Aber dass das Verbrennen von fossilen Stoffen, ob nun Erdöl, Kohle oder Gas ein schleichender

wurde die heutige Wandelhalle mit integrierter Brunnenhalle glanzvoll eingeweiht und vom damaligen Finanzminister Dr. Hermann von Pfaff der Öffentlichkeit übergeben. Die Halle habe ihre ursprüngliche Bedeutung im Wesentlichen noch heute. Hinzu gekommen seien allerdings vielseitige modernen Bedürfnissen entsprechende Nutzungen. Die Wandelhalle sei die Heimat des Bad Kissinger Kurorchesters und ein Ort der Kommunikation und Treffpunkt für gesellschaftliche Ereignisse. Die Wandelhalle verkörpere in hohem Maße die Verknüpfung von Tradition und Moderne, sie ist symbolhaft für Ursprung und Zukunft Bad Kissingens.

Ostbayern:

Deutschlands größte Freilichtbühne

Bei zahlreichen Festivals schlüpfen wieder tausende Laienschauspieler in historische Kostüme

Ob Drachenstich in Furth im Wald, die Waldfestspiele in Bad Kötzing oder die Agnes-Bernauer-Festspiele in Straubing: In keiner Region Deutschlands wird mehr Theater gespielt als in Ostbayern.

In diesem Sommer stehen in der Oberpfalz und in Niederbayern bei mehreren Dutzend großen und über einhundert kleinen Festspielveranstaltungen wieder mehrere tausend Laienschauspieler und Profis auf den Bühnen.

„Die ganze Welt ist ein Theater“, schrieb bereits William Shakespeare ins Manuskript seines Lustspiels „Wie es Euch gefällt“. In Ostbayern wird die Erkenntnis des englischen Dichters wie nirgendwo sonst mit Leben erfüllt. Die Region zwischen der tschechischen Grenze, der alten Reichshauptstadt Regensburg und der Landeshauptstadt München gilt als Europas größtes Festspielzentrum.

Historische Kulisse

So wird zum Beispiel bei den Agnes-Bernauer-Festspielen in Straubing (24. Juni bis 24. Juli) seit 1935 alle vier Jahre ein Teil der Stadtgeschichte aus dem 15. Jahrhundert von 200 Bürgern aus Stadt und Landkreis vor der historischen Kulisse des ehemaligen Herzogsschlosses aufgeführt. In Bad Kötzing im Landkreis Cham kann man bei den Waldfestspielen (25. Juli bis 9. August) in diesem Jahr den Klassiker der Weltliteratur „Bernarda Albas Haus“ in bayerischer Mundart erleben. Das berühmte Drama des spanischen Autors Federico Garcia Lorca ist ein eindringliches Stück über die Rolle der Frau in der ländlichen Gesellschaft. obx



Sechs Städte für Welterbe

Das begehrte Prädikat Welterbe der UNESCO streben die oberbayerischen Städte Mühldorf, Wasserburg, Neuötting und Burghausen gemeinsam mit dem oberösterreichischen Schärding und Rattenberg in Tirol an. Als Vertreter der Inn-Salzach-Architektur bewerben sie sich grenzüberschreitend mit ihrem typischen Baustil der alten Innstädte, mit den bekannten Grabendächern und hohen Vorschussmauern. Unser Bild zeigt die Innfront von Wasserburg mit der bekannten roten Brücke.

Josef Göllinger

Deggendorf begleitet Aufbau der Landesgartenschau:

Beispiel für Bürgerbeteiligung

Erst war die Freude groß: Seit mehr als 20 Jahren träumten die Deggendorfer Bürger von der Landesgartenschau und davon, wie positiv sich die Stadt dadurch verändern würde. Als schon fast keiner mehr daran glaubte, gab es den Zuschlag: 2014 wird die Landesgartenschau in der niederbayerischen Stadt zelebriert. Die Pläne des Berliner Architekten Alexander Klapka hatten die kritische Jury überzeugt.

Auch die Bürger schwelgten in der Vorstellung, wie schön das Donauufer werden würde. „Deichgärten“ hieß das Zauberwort, ein breiter Damm, auf dem Blumenbeete sich in Wellen winden. Darunter versteckt eine Tiefgarage. Und als Clou eine neue Donaubrücke für Fußgänger und Radler.

Bald jedoch folgte die Enttäuschung: Die Stadt konnte nicht alle Grundstücke am Fluss erwerben. Und die Kosten schienen plötzlich doch etwas hoch. 35 Millionen Euro, so lautete die realistische Schätzung. Die Zahlen wurden ausgerechnet in Zeiten der tiefsten Wirtschaftskrise präsentiert. Und dann erwies sich der Untergrund am Fluss auch noch als zu wenig standfest für eine zweistöckige Tiefgarage. Fortan sank die Begeisterung, die Bedenkenträger gewannen immer mehr Gewicht. „So viele Millionen für ein paar Blümchen!“, hieß es plötzlich. Dass alle Probleme inzwischen gelöst sind, fiel da kaum mehr ins Gewicht.

Noch ehe die Stimmung gänzlich kippte, taten sich ein paar Bürger zusammen und gründeten den Freundeskreis Landesgartenschau Deggendorf 2014. Ihr Ziel: Die Bürger der Stadt auf das Großereignis vorzubereiten, die Vorfreude zu steigern und Geld zu sammeln für einige „grüne“ Projekte. Wichtig war, diesen Freundeskreis nicht in eine politische Ecke abdriften zu lassen. Politiker aus allen Parteien gehören zum Vor-

stand, dazu Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft.

Wie kommt man an Geld, ohne gleich unangenehm durch Betteln aufzufallen? Wie erregt man langfristig Aufmerksamkeit? Natürlich, ein Kalender, flankiert von einem Flyer! Die schönen Fotos dafür kommen von den Bürgern selbst, die ihre Bilder einsenden.

Die Idee schlug hervorragend ein: Der Kalender hängt in hundert von Wohnzimmern – und auf dem Konto des Freundeskreises hat sich bereits ein schönes Polster gebildet. Genug Geld für das erste Projekt, das derzeit gerade vorbereitet wird: Eine Uhr, die die Stunden und Tage bis zur Landesgartenschau zählt. Am 1. August wird sie festlich „enthüllt“: Dann sind es noch 999 Tage bis zum Start.

Problem gelöst

Nun ist so eine digitale Uhr, die rückwärts läuft und sogar die Sekunden zählt und das Schaltjahr berücksichtigt, nicht einfach im Fachhandel erhältlich. Aber zum Glück hat Deggendorf eine Hochschule für angewandte Wissenschaften. Und zwei Studenten der angewandten Informatik brauchten ohnehin eine Aufgabe für ihre Diplomarbeit. So war auch dieses Problem gelöst: Die Uhr wird bereits programmiert. Und ein Standort ist auch gefunden: Sie kommt auf das Alte Rathaus, weithin sichtbar und so stabil, dass sie auch Wind und Wetter trotz-



Stadträtin Cornelia Wohllhüter, Mitglied im Freundeskreis LaGa Deggendorf e. V. (links) und Oberbürgermeisterin Anna Eder bei der Präsentation von Kalender und Flyer.

Bayerische Tage der Dorfkultur

Die „11. Bayerischen Tage der Dorfkultur“ finden heuer in Merkendorf (Kreis Ansbach) statt. Zum dreitägigen Programm vom 14. bis 17. Juli gehört auch ein Symposium, bei dem sich hochrangige Persönlichkeiten der Frage nachgehen, wie die erneuerbaren Energien die Landschaften verändern.

Prof. Holger Magel, der Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, moderiert die Podiumsdiskussion, an der neben Experten aus Wissenschaft und Praxis auch der Pegnitzer Bürgermeister Manfred Thümmel und Prof. Hubert Weiger, der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, mitwirken.

Die Uhr ist das erste sichtbare Zeichen der Landesgartenschau. Aber schon seit zwei Jahren trifft sich der Freundeskreis mit derzeit knapp 100 Mitgliedern: Monatliche Stammtische haben sich bewährt. Besonders gelungen war ein Picknick an der Donau, just dort, wo die Landesgartenschau am schönsten sein wird. Es gab bereits Ausflüge zur Landesgartenschau Rosenheim, demnächst fahren die „Freunde“ zur Kleinen Landesgartenschau nach Bad Kitzingen und erkunden in Bamberg, wie weit die Vorbereitungen für die LaGa 2012 gediehen sind. Zwischendurch finden Vorträge und Erkundungen im Gelände statt: Schließlich will man ja wissen, was die Stadt erwartet. **KJW**

Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner wird die Dorfkulturtage am Freitag, 15. Juli, im Merkendorfer Energiepark eröffnen. Zum Rahmenprogramm gehört ein Zweistädte-Lauf, die „Deutsche Meisterschaft im Krauthobeln“, ein Empfang der Krautkönigin Regina I. für „Hoheiten“ aus ganz Bayern, Rundfahrten zu den Projekten der Dorferneuerung. Merkendorf hatte 2010 als einzige Gemeinde Bayerns am Wettbewerb „Europäischer Dorferneuerungspreis“ teilgenommen und von der Jury viel Lob erhalten.

Der neue Stadthof (mit Seniorenpark, Steingruber-Veranstaltungshaus und Stadtgarten) wird eingeweiht und am Sonntag findet die „Merkendorfer Landpartie“ mit Handwerkermarkt, Oldtimerausstellung, Genussmeile, Trachtenmodenschau der Forschungsstelle Mittelfranken sowie einer Werkschau des Bildhauers Franz Stacheder und einer Ausstellung der „Merkendorfer Sommerakademie“ statt. Ein Konzert mit dem Bläseroktett Basel im Rahmen des „Fränkischen Sommers“ rundet das Angebot ab. **wefa**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Gemeinde Bibertal:

Förderverein bietet Hilfe zur Selbsthilfe

Nach der Rückkehr von Pater George Aranchery CST in sein Heimatland Indien wurde 1996 in der Gemeinde Bibertal, Landkreis Günzburg, ein Förderverein zur Unterstützung seiner Arbeit gegründet. Nach der Übernahme der Little Flower Station in Tanzania hieß das jüngste Objekt „Hilfe zur Selbsthilfe“.

10.000 Euro wurden jüngst zum Erwerb von Jungkühen nach Afrika überwiesen. Kälber und übrige Milch gehen von den zuerst bedachten Familien immer weiter an andere Familien. Man hat selbst Nutzen und kann Produkte weiter geben bzw. auf dem Markt in der nahen Stadt verkaufen. Man kann es auch „ein Schneeballsystem mit nachhaltiger Wirkung“ nennen.

Wie können weitere Spenden akquiriert werden? Bibertals ehemaliger Bürgermeister Hans Joas stellte sein Projekt vor. Bei Verzicht auf Geschenke anlässlich seines jüngsten runden Geburtstags bat er stattdessen um Spenden für einen Solarstrom-

erzeuger für das Dorf von Pater George in Songea. Diesen Wunsch hatte der Pater vom Orden der heiligen Theresa von Lissieux bei seinem Kurzbesuch in Deutschland im Februar geäußert.

Die Station liegt eintausend Kilometer östlich der Hauptstadt Daressalam und ist energetisch ziemlich unterversorgt. Den von Hans Joas und seinen Freunden zur Verfügung gestellten Betrag stockte der Verein durch einstimmigen Beschluss um weitere 1.000 Euro auf. Weitere Zuspender können auf das Konto 50008 bei der Raiba Bibertal-Kötz einbezahlt werden. **hj**



Jeder Familie eine Kuh zur Selbstversorgung mit Milch. Kalb und übrige aus der Milch gewonnene Produkte gehen weiter an andere Familien bzw. können auf dem Markt in der nahen Stadt verkauft werden. Der Verein „Bibertal hilft“ unterstützte die Aktion von Pater George in Tanzania 2010 mit 10.000 Euro. □

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nussner GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste

Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 · BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hallo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

BENZ
SPORT

www.benz-sport.de
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

LfA Report

DIE KUNDENZEITUNG DER LfA FÖRDERBANK BAYERN



Im Fokus: Betriebsführung

Neue Studie: Wie das Management die Unternehmensleistung steuern kann

Seite 2



Aus der LfA

Erfolgjahr:
Beeindruckende
Rekordzahlen im
Neugeschäft der LfA
Förderbank Bayern

Seite 3



Im Porträt

Die Firma TechSAT
aus Poing entwickelt
innovative modulare
Anwendungen für
die Luftfahrtindustrie

Seite 4

PERSONALARBEIT

Gelebte Firmenkultur bindet Mitarbeiter



Teamarbeit: Eine gute Kommunikationskultur ist grundlegend für die Arbeitszufriedenheit sowie ein gutes Betriebsklima und steigert somit nachhaltig die Unternehmensleistung

Die Förderung der Mitarbeitermotivation steht seit Jahren auf der Agenda vieler Unternehmen in Deutschland. Eine aktuelle Gallup-Untersuchung zeigt, dass viele Mitarbeiter nur eine geringe emotionale Bindung an ihr Unternehmen haben.

Dem Engagement Index 2010 des international tätigen Beratungsunternehmens Gallup zufolge weist jeder

fünfte Mitarbeiter keine emotionale Bindung zu seinem Unternehmen auf, was sich negativ auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auswirkt. Zwei Drittel der Angestellten identifizieren sich nur gering mit ihrer Arbeit. Diese Zahlen sind sicherlich nicht auf alle Unternehmen gleichermaßen übertragbar, dennoch geben sie Anlass zur Besorgnis.

Gravierend ist auch der ökonomische Schaden: Gallup hat berechnet, dass durch die geringe emotionale Bindung deutscher Mitarbeiter an ihr Unternehmen ein jährlicher Schaden von bis zu 112 Milliarden Euro entsteht. Untersuchungen wie die jährliche Global Workforce Study von Towers Watson zeigen, dass es bei der Motivation nur selten auf den direkten Vorgesetzten ankommt, sondern dass diese immer erst durch das große Ganze entsteht: durch das Verhalten der Unternehmensleitung und den Organisationsaufbau. Nur, wenn eine gelebte Unternehmenskultur zu einer Bindungskraft zum Unternehmen führt, entsteht auch Motivation.

Marco Nink, Strategic Consultant bei Gallup, bringt die Effekte auf eine aufschlussreiche und zugleich einfache Formel: „Je höher die Bindung, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Mitarbeiter im Sinne seines Arbeitgebers verhält. Und je größer die Anzahl der emotional gebundenen Personen, desto leistungsfähiger ist das Unternehmen.“ Mitarbeiter arbeiten umso produktiver, innovativer und kundenorientierter, je stärker die emotionale Bindung an das Unternehmen ist. Sie können so durch ihre Anregungen zu kontinuierlicher Optimierung beitragen. Das bedeutet, dass die Führungskräfte gemeinsam eine eigene Unternehmenskultur vorleben müssen.

INFO Weitere Informationen unter:
www.inqa.de

KONJUNKTUR

Wirtschaft auf Rekordkurs

Die Zahlen in Bayern sprechen für sich: Mit 3,9 Prozent war das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2010 so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr. Für das laufende Jahr peilt der Freistaat bei Wirtschaftsleistung, Export und Beschäftigung wieder neue Rekorde an. „Das zeigt, dass die wirtschaftspolitischen Weichen im Freistaat auf Wachstum,

Wohlstand und Arbeitsplätze gestellt sind“, kommentiert Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil die Ergebnisse des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Eine der Triebkräfte für den Aufschwung im Freistaat ist laut Zeil die innovationsstarke Industrie, die ihre Wertschöpfung um 12,9 Prozent erhöhen konnte.

MITTELSTANDSBERICHT

Erfolgsgarant für Bayern

Mittelstand in Bayern: Das sind rund 750 000 Selbstständige, über drei Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und mehr als 200 000 Ausbildungsplätze. Somit ist der bayerische Mittelstand mehr denn je die Basis der bayerischen Wirtschaft. Weitere interessante Fakten liefert der Mittelstandsbericht 2010 des Bayerischen Wirt-

schaftsministeriums. Die Kernbotschaft ist klar formuliert: Bayern ist die Nummer eins für mittelständische Unternehmen in Deutschland. Bayerns mittelständische Wirtschaft soll also auch in Zukunft in der Breite durch optimale Rahmenbedingungen die Möglichkeit haben, ihre Erfolgsgeschichte fortschreiben zu können.

STRATEGIE

Management als Erfolgsfaktor

Erfolg hat viele Väter: Wissenschaftler aus den USA und Großbritannien haben in einer globalen Studie den Zusammenhang von Managementqualität und Unternehmensleistung untersucht.

Die Ergebnisse der Ökonomen Nick Bloom und John van Reenen sind für Unternehmenslenker aufschlussreich. So sind weltweit die Qualität des Managements und der Erfolg eines Unternehmens eng miteinander verbunden: Gutes Management umfasst eine effiziente Gesamtführung, die alle relevanten Unternehmensprozesse plant und überwacht. Das Einhalten der Zielvorgaben ist dann auch bei den variablen Bestandteilen der Mitarbeitervergütung zu berücksichtigen. Daneben werden die Personalauswahl und die Förderung von Talenten als Merkmal für gutes Management genannt. Unter Berücksichtigung der landestypischen Managementqualitäten wurden große Unterschiede deutlich. So liegt Deutschland hinter den USA auf Rang zwei, gefolgt von Schweden und Japan.

Der Studie zufolge schneiden familiengeführte Unternehmen im Vergleich zu börsennotierten Konzernen dann besonders gut ab, wenn sie bei der Besetzung der Führungspositionen nicht nach Familienzugehörig-



Gipfelstürmer:
Deutschland steht bei der Qualität der Unternehmensführung mit an der Spitze

keit, sondern nach Qualifikation entscheiden. Zudem können familiengeführte Unternehmen durch ein gutes Eigenkapitalpolster und geringe Verbindlichkeiten punkten und Krisen besser meistern.

Für Unternehmen, die im Ausland tätig sind, gilt: Erfolgreiches Management lässt sich ins Ausland trans-

portieren. Mittelständler setzen sich nicht zuletzt auf ausländischen Märkten durch, wenn sie das Auslands-geschäft managen wie das Stammgeschäft im Inland.

INFO Mehr Informationen unter www.stanford.edu/~nbloom/JEP.pdf

INTERVIEW

Vorbildfunktion ernst nehmen

Wolfgang Becker, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, über effiziente Führung in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)



Wolfgang Becker sieht bei KMU noch Optimierungsbedarf bei Führungsstrukturen und -prozessen

LfA Report: Herr Becker, wodurch zeichnet sich effiziente Führung aus?

Wolfgang Becker: Funktionierende Führungsstrukturen und Führungsprozesse sind wichtig. Reicht bei kleineren Betrieben die „Führung durch Vorleben“ bereits aus, sollte in mittleren eine „Führung durch Unternehmenskultur“ zur Anwendung kommen. Ab einer bestimmten Unternehmensgröße lässt sich „Führung durch Struktur“ nicht mehr vermeiden.

Welche Bedeutung hat die Führungsqualität im Mittelstand?

Der Faktor „Führung“ ist entscheidend für eine positive Unternehmensentwicklung. Erfolgreiche Unternehmen werden von Persönlichkeiten geführt, die von starken Führungskräften umgeben sind und ihre Vorbildfunktion im beruflichen und privaten Umfeld vorleben.

Gibt es Unterschiede zu großen Unternehmen?

In einem mittelständischen Unternehmen laufen, im Gegensatz zu einem kollegial angelegten Vorstand, häufig alle Fäden in einer Hand zusammen. Die Führung ist damit unmittelbar von den Kompetenzen und Fähigkeiten des Unternehmers selbst abhängig.

Welche Führungsfehler sollten vermieden werden?

Die Führungsstrukturen und -prozesse sollten mindestens einige grundlegende betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden umfassen. Schließlich sollte eine Professionalisierung sowohl von Führungskräften als auch Mitarbeitern durch entsprechende Aus- und Weiterbildung angestrebt werden. Die zunehmende Einbindung moderner Erkenntnisse von Unternehmensführung und Controlling im Mittelstand könnte die Führungsqualität deutlich steigern und die Überlebensfähigkeit nachhaltig sichern.

UNTERNEHMENSKULTUR

Vielfalt als Chance begreifen

Gesellschaftliche Veränderungen und wirtschaftliche Erwägungen führen dazu, dass sich viele Unternehmen ständig auf neue kulturelle Einflüsse einstellen müssen. Dadurch wachsen auch die Anforderungen an Führungskräfte.

Aus den unterschiedlichen kulturellen Besonderheiten, Verhaltensweisen und Befindlichkeiten von Mitarbeitern das Beste zusammenzuführen ist eine wichtige Aufgabe von Führungskräften. Die konstruktive Nutzung der sozialen Vielfalt umfasst aber nicht nur die Berücksichtigung kultureller Unterschiede. Auch die Umsetzung der Chancengleichheit hinsichtlich des Geschlechts, des Alters oder einer Behinderung muss berücksichtigt werden. „Vielfalt als Chance“ kann aber nur erfolgreich sein, wenn das Unternehmen von der Spitze her die Gemeinsamkeiten aller Mitarbeiter betont und im Rahmen einer offenen Unternehmenskultur alle Mitarbeiter einbezieht. Besonders heterogen zusammengesetzte Belegschaften tun sich durch diese Erfahrung leichter, Innovationen zu entwickeln und neue Denkansätze zu verwirklichen. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels stärkt erfolgreiches Vielfaltsmanagement die Attraktivität eines Unternehmens als Arbeitgeber. Darüber hinaus können sich unterschiedliche kulturelle Einflüsse positiv auf Kundenbeziehungen auswirken.

INFO Mehr Informationen unter www.vielfalt-als-chance.de

AUS DER LfA FÖRDERBANK BAYERN

BILANZ 2010

Rekordergebnis beim Neugeschäft



Bilanzpressekonferenz 2010: Staatsminister Martin Zeil (l.), Verwaltungsratsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern und LfA-Chef Michael Schneider

Ein Erfolgjahr für die LfA Förderbank Bayern: Erstmals überstieg das Neugeschäft die Drei-Milliarden-Euro-Marke.

In ihrem Kernfördergeschäft bewilligte die Bank mittelständischen Unternehmen und Gründern insgesamt 2,1 Milliarden Euro an zinsgünstigen Darlehen und Risikoübernahmen. Damit leistete sie einen wesentlichen Beitrag zur Bereitstellung ausreichender Kredite

zu fairen Konditionen. Im erweiterten Fördergeschäft bewilligte die Bank Global- und Konsortialdarlehen sowie Risikoübernahmen in Höhe von rund 950 Millionen Euro.

Die Zusagen im Kernfördergeschäft stiegen um 57 Prozent auf knapp 1,7 Milliarden Euro. Davon profitierten 6400 Betriebe mit über 100 000 Arbeitsplätzen. 90 Prozent der Förderkredite flossen in Zukunftsinvestitionen wie Gründungen, Modernisierungen und Umweltschutzmaßnahmen. „Mit der LfA Förderbank Bayern hat der Bayerische Mittelstand im Bereich Finanzierung einen überaus kompetenten und leistungsstarken Partner an seiner Seite“, betonte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Die Risikoübernahmen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandsschirms stiegen um 18 Prozent auf rund 420 Millionen Euro. Insgesamt sagte die Bank im Rahmen des Mittelstandsschirms in den letzten zwei Jahren Bürgschaften und Haftungsfreistellungen in Höhe von circa 780 Millionen Euro zu. 4400 Unternehmen konnten dadurch Kredite von knapp 1,2 Milliarden Euro aufnehmen.

Die Bilanzsumme der Bank stieg um fünf Prozent auf 20,5 Milliarden Euro, der Jahresüberschuss um fast 20 Prozent auf 45 Millionen Euro. Ihre Eigenkapitalausstattung erhöhte die Bank um gut zehn Prozent auf 1068 Millionen Euro und verbesserte damit ihre Kernkapitalquote auf komfortable 16,1 Prozent. Damit ist die Förderbank für alle Eventualitäten der Finanzmärkte gut gerüstet.

INFO Auskünfte zum Förderangebot erteilt das Kundencenter der Förderbank unter der Telefonnummer 0800 / 21 24 24 - 0 (kostenfrei)

NACHRICHTEN

Infotag

Kompakt, direkt und transparent: Der Infotag Wirtschaftsförderung am 10. Mai in der Stadthalle Deggendorf vermittelt Wissenswertes über die Angebote der LfA Förderbank Bayern. Dazu erhalten Gründer und Unternehmer Tipps zu Marketing, Businessplan und Bankengespräch. Mittags findet eine Podiumsdiskussion statt zum Thema: „Wie stabil ist der Aufschwung?“. Informationen unter der Telefonnummer 0800 / 21 24 24 - 0.



Bayern Kapital

33 neue Beteiligungen mit einem Volumen von 15 Millionen Euro hat die Bayern Kapital GmbH, Landshut, im Jahr 2010 zugesagt. Die 100-prozentige LfA-Tochter betreut derzeit sieben Beteiligungsfonds mit einem Beteiligungsvolumen von 200 Millionen Euro. Bislang wurden davon 165 Millionen Euro in 200 technologieorientierte Unternehmen investiert.

Projekt Junior

Über 100 Schülerunternehmen mit rund 1500 Teilnehmern machen im laufenden Schuljahr in Bayern am Projekt Junior mit, das die LfA Förderbank Bayern seit 1997 unterstützt. Bayerischer Landessieger 2011 ist das Team der Städtischen Hauswirtschaftsakademie München. Es ist qualifiziert für den Bundeswettbewerb, ebenso der Zweitplatzierte, das Team vom Josef-Hofmiller-Gymnasium Freising. Im Herbst startet das neue Junior-Geschäftsjahr. Infos: www.juniorprojekt.de



AUF EIN WORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rekordwerte bei den Kreditzusagen und – noch wichtiger – bei der Zahl der geförderten Unternehmen – nie zuvor hatte die LfA Förderbank Bayern eine so starke Position als Finanzierungspartner des bayerischen Mittelstands wie im vergangenen Jahr.

Von den 1,7 Milliarden Euro neu zugesagten Programmkrediten entfiel über eine Milliarde Euro allein auf das über Jahrzehnte bewährte Mittelstandskreditprogramm, das Kernstück unserer Förderung. Hier sieht man, wie gut die staatlichen Zinsverbilligungszuschüsse und die Eigenprogramme der LfA ineinandergreifen. Die Zusagen bei den zinsverbilligten Start- und Investivkrediten beliefen sich auf 310 Millionen Euro – der höchste Wert der letzten zehn Jahre. Zusätzlich haben wir aus eigener Kraft zinsgünstige Ergänzungskredite in Höhe von 700 Millionen Euro aufgebracht, um die enorm gestiegene Nachfrage aufzufangen. Mit diesem Allzeithoch wird die Erfolgsgeschichte des Mittelstandskreditprogramms fortgesetzt! Insgesamt haben wir 6400 mittelständische Unternehmen und Gründer mit unseren Förderkrediten erreicht, 1400 mehr als im Vorjahr! Auch jetzt beim „Aufbruch Bayern“ sind wir gut gerüstet, den Mittelstand im Zusammenwirken mit den Hausbanken aktiv zu begleiten.



Michael Schneider: Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern

ABSICHERUNG

EIF-Garantie

Auf Initiative und unter Federführung der LfA Förderbank Bayern haben erstmals drei deutsche Landesförderinstitute, neben der LfA die Investitionsbank Berlin und die NRW Bank, eine Garantie des Europäischen Investitionsfonds (EIF) aus dem Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation erhalten. So kann die Förderbank auch nach Schließung des Bayerischen Mittelstandsschirms den Universalkredit im Jahr 2011 und 2012 mit einer Haftungsfreistellung für kleine und mittlere Unternehmen anbieten. Mit der Risikoübernahme möchte die Bank vor allem die Finanzierung von Betriebsmitteln für kleine und mittlere Unternehmen erleichtern. Durch die Garantie werden die von ihr übernommenen Risiken teilweise vom EIF abgedeckt.

PERSONALIE

Verabschiedet

Ende Februar ist Joachim Feldmann altersbedingt aus dem Vorstand der LfA Förderbank Bayern ausgeschieden. Der Jurist war Mitte 2002 als Generalbevollmächtigter in die Bank eingetreten und zwei Jahre später in den Vorstand berufen worden. Feldmann war zuvor in führenden Funktionen im Bayerischen Wirtschaftsministerium und in der Staatskanzlei tätig gewesen. In der Bank war er verantwortlich für die Abteilungen Produktgestaltung und Marketing, Förderkredite und Individualkredite. Zum 1. Oktober 2011 soll der promovierte Betriebswirt Thies Claussen, derzeit Generalbevollmächtigter der Bank, in den Vorstand aufrücken.



UNTERNEHMENS PORTRÄT

Nur Fliegen ist schöner



Sicheres Fliegen ist seine Mission: Bruno Schlecht ist Geschäftsführer und Mitbegründer der oberbayerischen TechSAT GmbH in Poing

Die Faszination Fliegen beschäftigt die Menschheit seit Jahrhunderten. Dass Flugzeuge immer sicherer werden, liegt auch an der oberbayerischen TechSAT GmbH.

Das Unternehmen aus Poing ist auf Test- und Simulationssysteme für die Luft- und Raumfahrttechnik spezialisiert. Bereits seit 1987 ist TechSAT als Partner für die Avionikindustrie tätig und hat seither sein Angebot kontinuierlich ausgebaut. Inzwischen beschäftigt das Unternehmen mehr als 100 Mitarbeiter in Deutschland, den USA und China. Mit seinen automatischen Prüfsystemen, so-

nannten ATEs, sorgt TechSAT dafür, dass Flugzeuge bereits am Boden auf Herz und Nieren überprüft werden können. „Wir sind mit unserer Technologie von Beginn an dabei, wenn ein neues Flugzeug entwickelt wird“, erklärt Bruno Schlecht, Geschäftsführer und Mitbegründer des Unternehmens. Vor allem extreme Flugsituationen lassen sich dadurch ohne Gefahr für Mensch und Umwelt effizient simulieren. Auf der Kundenliste des Poinger Unternehmens stehen weltweit renommierte Unternehmen wie Airbus, EADS, Lufthansa und Rolls-Royce.

Wie hochkomplex diese Prüfsysteme sind, zeigt sich bereits in einem „normalen“ Passagierflugzeug. Rund 200 Bordrechner kommen hier zum Einsatz, die umfangreiche Funktionen, etwa die Flugsteuerung, die Navigation oder die Triebwerke, kontrollieren. Für besonders kritische Steuerungsaufgaben gibt es sogar drei Computer, die sich gegenseitig überprüfen und ständig miteinander kommunizieren. „Unsere Testsysteme müssen hier im Verbund arbeiten, um solche Systeme realitätsnah testen zu können“, erläutert Schlecht.

Das Leistungsangebot von TechSAT umfasst neben der eigentlichen Prüfung und Fehleranalyse auch die Prüfspezifikation, die Abnahmeunterstützung beim Flugzeugintegrator oder bei staatlichen Luftfahrtbehörden sowie die Wartung und Pflege der ATEs. Die Dienstleistungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, denn die Anwenderunterstützung sowie die Schulung der Anwender werden bei TechSAT großgeschrieben. Um die Innovationskraft weiter zu stärken, wurde das Unternehmen bereits 2008 mit dem Technokredit der LfA gefördert. Damit konnte TechSAT die neue Testsystemfamilie für den Airbus A350 entwickeln.

INFO Mehr Informationen zu TechSAT unter www.techsat.com

ARBEITSMARKT

Pakt für Ausbildung

Die bayerische Wirtschaft boomt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird verstärkt in den Nachwuchs investiert.

Im Rahmen des Ausbildungspakts 2010 konnte die Wirtschaft im Freistaat jedem ausbildungsreifen und ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle anbieten – bereits zum sechsten Mal in Folge. Diese positive Entwicklung geht auch auf das stark gestiegene Engagement vieler Betriebe zurück. Allein im

„Unternehmen suchen dringend Azubis.“

Hubert Schöffmann

vergangenen Jahr kamen über 3600 neue Ausbildungsbetriebe und 4500 neue Ausbildungsplätze hinzu. Bis Ende September 2010 hatten rund 52 000 bayerische Schulabgänger einen Ausbildungsvertrag unterzeichnet. Dennoch werden inzwischen auch die Schattenseiten der Wirtschaftserholung deutlich.

„Jedes fünfte Unternehmen in Bayern konnte 2010 seine freien Ausbildungsplätze nicht besetzen“, erklärt Hubert Schöffmann, Bildungsbeauftragter des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags. Um diesem Problem zu entgehen, führen die Arbeitgeber nun eine umfassende Informationskampagne durch: Mit Plakaten, Broschüren und einem Onlineauftritt sprechen sie Jugendliche gezielt an.

INFO www.ausbildungsoffensive-bayern.de

BETRIEBSFÜHRUNG

Kommunikation 2.0

Immer häufiger taucht im Alltag der Begriff „Social Media“ auf. Hinter dem Schlagwort verbirgt sich eine Vielfalt digitaler Medien und Technologien, die es Nutzern ermöglicht, sich untereinander auszutauschen und mediale Inhalte einzeln oder in Gemeinschaft zu gestalten.

Besonders zwei Angebote sind aus der Unternehmenskommunikation kaum mehr wegzudenken: das soziale Netzwerk Facebook und der Kurznachrichtendienst Twitter. Unternehmen können die neuen Kommunikationsinstrumente zielgerichtet für die Öffentlichkeitsarbeit, das Produktmarketing oder auch in der Personalarbeit nutzen. Positive Effekte sind bereits spürbar. Einer aktuellen Studie zufolge gaben 57 Prozent der 3250 befragten Unternehmen an, von einem schnelleren Zugang zu Wissen zu profitieren. 53 Prozent der Befragten sehen sinkende Kommunikationskosten als wichtigen Vorteil an. 16 Prozent beobachteten sogar einen steigenden

Interaktiv: Social Media bieten einen direkten Austausch mit der Zielgruppe



Umsatz durch den Einsatz von Social-Media-Instrumenten. Der IT-Verband Bitkom bietet zum Thema Social Media einen Leitfaden an, der den Einstieg für Unternehmen erleichtern soll.

INFO Wissenswertes zum Thema Social Media unter www.bitkom.org/de/publikationen/38337_66014.aspx

IMPRESSUM

Herausgeber: LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München, Tel.: 089 / 21 24 - 0, Fax: 089 / 21 24 - 24 40 Internet: <http://www.lfa.de>
Redaktion: Peter Freymark (v.i.S.d.P.) Gestaltung und Realisierung: Burda Creative Group GmbH, München Druck: M. Saupe & Co. GmbH
Auflage: 60 000, erschienen im Mai 2011, der LfA Report erscheint vierteljährlich Fotos: S. 1: Fotolia/W. Heiber; S. 2: Shutterstock/Dmitriy Shironosov, PR; S. 3: Shutterstock/Fotoline, PR (3); S. 4: Shutterstock/ssuaphotos, Shutterstock/ra2 studio, Katharina Würschinger



Geschäftsfelder der LfA



Gründung



Wachstum



Innovation



Umweltschutz



Stabilisierung